Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pfg. für die 6gespaltene Petitzeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 49 — Sonntag, den 8. Dezember — 1912

Internationales Friedensmanifest,

beschlossen auf dem außerordentlichen internationalen Sozialistenkongreß in Basel am 25. November 1912.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben mehr als jemals dem Proletariat die Pflicht auferlegt, seinen planmäßigen Aktionen die größte Kraft und Energie zu geben. Auf der einen Seite hat der allgemeine Rüstungswahnsinn die Lebensmittelteuerung verschärft und dadurch die Klassengegensätze aufgebauscht und in die Arbeiterklasse eine unbezwingbare Empörung getragen. Die Arbeiter wollen diesem System von Beunruhigung und Verschwendung eine Grenze setzen. Andererseits wirken die unaufhörlich wiederkehrenden Kriegsdrohungen immer aufreizender. Die großen Völker Europas sind beständig auf dem Punkte, gegeneinander getrieben zu werden, ohne daß diese Attacken gegen Menschlichkeit und Vernunft auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden können.

Die Balkankrise, die bereits bis heute so schreckliche Greuel herbeigeführt hat, würde, wenn sie weiter greift, die furchtbarste Gefahr für die Zivilisation und das Proletariat sein. Sie wäre zugleich die größte Schandtat der Weltgeschichte durch den schreienden Gegensatz zwischen der Größe der Katastrophe und der Geringfügigkeit der ins Spiel kommenden Interessen.

Darum stellt der Kongreß mit Genugtuung fest die vollständige Einmütigkeit der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften aller Länder im Kriege gegen den Krieg.

Indem die Proletarier aller Länder sich gleichzeitig zum Kampf gegen den Imperialismus erhoben, jede Sektion der Internationale aber der Regierung ihres Landes den Widerstand des Proletariats entgegenstellte und die öffentliche Meinung ihrer Nation gegen alle kriegerischen Gelüste mobilisierte, ergab sich eine grandiose Kooperation der Arbeiter aller Länder, die schon bisher sehr viel dazu beigetragen hat, den bedrohten Weltfrieden zu retten. Die Furcht der herrschenden Klassen vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges hat sich als wesentliche Bürgschaft des Friedens erwiesen.

Der Kongreß fordert daher die sozialdemokratischen Parteien auf, ihre Aktion mit allen ihnen zweckmäßig erscheinenden Mitteln fortzusetzen, er weist in dieser gemeinsamen Aktion jeder sozialistischen Partei ihre besondere Aufgabe zu.

Die sozialdemokratischen Parteien der Balkanhalbinsel haben eine schwierige Aufgabe. Die Großmächte Europas haben durch systematische Hintertreibung aller Reformen dazu beigetragen, in der Türkei unerträgliche ökonomische, nationale und politische Zustände herbeizuführen, die notwendig zur Empörung und zum Kriege führen mußten. Gegenüber der Ausbeutung dieser Zustände im Interesse der Dynastien und Bourgeoisien haben die sozialdemokratischen Parteien des Balkans mit heroischem Mut die Forderung nach einer demokratischen Föderation erhoben. Der Kongreß fordert sie auf, in ihrer bewundernswürdigen Haltung zu verharren; er erwartet, daß die Sozialdemokratie des Balkans nach dem Kriege alles daransetzen wird, zu verhindern, daß die mit so furchtbaren Opfern erkauften Errungenschaften des Balkankrieges von den Dynastien, vom Militarismus und von der expansionslüsternen Bourgeoisie der Balkanstaaten für ihre Zwecke mißbraucht werden.

Insbesondere aber fordert der Kongreß die Sozialisten am Balkan auf, sich nicht nur der Erneuerung der alten Feindschaften zwischen Serben, Bulgaren, Rumänen und Griechen, sondern auch jeder Vergewaltigung der gegenwärtig im anderen Kriegslager stehenden Balkanvölker, der Türken und Albaner, zu widersetzen. Die Sozialisten des Balkans haben daher die Pflicht, jede Entrechtung dieser Völker zu bekämpfen und gegen den entfesselten nationalen Chauvinismus die Verbrüderung aller Balkanvölker, einschließlich der Albaner, Türken und Rumänen zu proklamieren.

Die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns, Kroatiens und Slavoniens, Bosniens und der Herzegowina haben die Pflicht, ihre wirkungsvolle Aktion gegen einen Angriff der Donaumonarchie auf Serbien mit aller Kraft fortzusetzen. Es ist ihre Aufgabe, sich wie bisher auch fürderhin dem Plan zu widersetzen, Serbien mit Waffengewalt der Ergebnisse des Krieges zu berauben, es in eine Kolonie Oesterreichs zu verwandeln und um dynastischer Interessen willen die Völker Oesterreich-Ungarns selbst und mit ihnen alle Nationen Europas in die größten Gefahren zu verstricken. Ebenso werden die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns auch in Zukunft darum kämpfen, daß dem vom Hause Habsburg beherrschten Teile der südslavischen Völker innerhalb der Grenzen der österreichisch-ungarischen Monarchie selbst das Recht auf demokratische Selbstregierung errungen werde.

Besondere Aufmerksamkeit haben die sozialdemokratischen Parteien Oesterreich-Ungarns ebenso wie die Sozialisten Italiens der albanischen Frage zuzuwenden. Der Kongreß erkennt das Recht des albanischen Volkes auf Autonomie an, er verwahrt sich aber dagegen, daß unter dem Deckmantel der Autonomie Albanien zum Opfer österreichisch-ungarischer und italienischer Herrschaftsgelüste werde. Darin erblickt der Kongreß nicht nur eine Gefahr für Albanien selbst, sondern in nicht ferner Zeit auch eine Bedrohung des Friedens zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien. Nur als autonomes Glied einer demokratischen Balkanföderation kann Albanien ein wirklich selbständiges Leben führen. Der Kongreß fordert daher die Sozialdemokraten Oesterreich-Ungarns und Italiens auf, jeden Versuch der Regierungen, Albanien in ihre Einflußsphäre einzubeziehen, zu bekämpfen und ihre Bemühungen um die Festigung der friedlichen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien fortzusetzen.

Mit großer Freude begrüßt der Kongreß den Proteststreik der russischen Arbeiter als wirksam dafür, daß das Proletariat Rußlands und Polens sich zu erholen beginnt von den Schlägen, die die zarische Kontrerevolution ihm versetzt hat. Darin erblickt der Kongreß die stärkste Bürgschaft gegen die verbrecherischen Intrigen des Zarismus, der, nachdem er die Völker seines eigenen Landes blutig niedergeworfen, nachdem er die Balkanvölker selbst unzählige Male verraten und ihren Feinden preisgegeben hat, nunmehr schwankt zwischen der Furcht vor den Folgen eines Krieges für ihn selbst und der Furcht vor dem Drängen einer nationalistischen Bewegung, die er selbst geschaffen hat. Wenn sich aber der Zarismus nunmehr wieder anschickt, sich als Befreier der Nationen des Balkans zu gebärden, so geschieht es nur, um unter diesem heuchlerischen Vorwande dem blutigen Kriege die Vorherrschaft am Balkan wieder zu erobern. Der Kongreß erwartet, daß das erstarkende städtische und ländliche Proletariat Rußlands, Finnlands und Polens dieses Lügengewebe zerreißen und sich jedem kriegerischen Abenteuer des Zarismus zu widersetzen, jeden Anschlag des Zarismus, sei es auf Armenien, sei es auf Konstantinopel, bekämpfen und seine ganze Kraft auf die Erneuerung des revolutionären Befreiungskampfes gegen den Zarismus konzentrieren wird. Ist doch der Zarismus, die Hoffnung aller reaktionären Mächte Europas, der grimmigste Feind der Demokratie, und die gesamte Internationale muß es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, die von ihm beherrschten Völker der Befreiung entgegenzuführen.

Die wichtigste Aufgabe innerhalb der Aktion der Internationale fällt aber der Arbeiterklasse Deutschlands, Frankreichs und Englands zu. Im Augenblick ist es die Aufgabe der Arbeiter dieser Länder, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie sowohl Oesterreich-Ungarn, als auch Rußland jede Unterstützung verweigern, sich jeder Einmengung in die Balkanwirren enthalten und unbedingte Neutralität bewahren. Ein Krieg zwischen den drei großen, führenden Kulturvölkern wegen des serbisch-österreichischen Hafenstreits wäre verbrecherischer Wahnsinn. Die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs können nicht anerkennen, daß irgendeine durch geheime Verträge herbeigeführte Verpflichtung besteht, in den Balkankonflikt einzugreifen.

Sollte aber in weiterer Folge der militärische Zusammenbruch der Türkei zur Erschütterung der osmanischen Herrschaft in Vorderasien führen, dann ist es die Aufgabe der Sozialisten Englands, Frankreichs und Deutschlands, sich mit aller Kraft Eroberungsgelüsten in Vorderasien zu widersetzen, die geradenwegs zum Weltkrieg führen müßten. Als größte Gefahr für den Frieden Europas betrachtet der Kongreß die künstlich genährte Gegnerschaft zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Der Kongreß begrüßt aber die Bemühungen der Arbeiterklasse der beiden Länder, diesen Gegensatz zu überbrücken. Er betrachtet als das beste Mittel zu diesem Zweck die Abschließung eines Uebereinkommens zwischen Deutschland und England über die Einstellung der Flottenrüstungen und über die Abschaffung des Seebeuterechts. Der Kongreß fordert die Sozialisten Englands und Deutschlands auf, ihre Agitation für ein solches Uebereinkommen fortzusetzen.

Die Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Deutschland auf der einen, Frankreich und England auf der andern Seite würde die größte Gefahr für den Weltfrieden beseitigen, die Machtstellung des Zarismus, der diesen Gegensatz ausbeutet, erschüttern, den Ueberfall Oesterreichs auf Serbien unmöglich machen, und den Frieden sichern. Auf dieses Ziel vor allem sind daher die Bemühungen der Internationale zu richten.

Der Kongreß stellt fest, daß die ganze sozialistische Internationale in ihren Grundsätzen über die auswärtige Politik einig ist. Er fordert die Arbeiter aller Länder auf, dem kapitalistischen Imperialismus die Kraft der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenzustellen. Er warnt die herrschenden Klassen aller Staaten, das Massenelend, das die kapitalistische Produktionsweise herbeiführt, durch kriegerische Aktionen noch zu verschärfen und fordert nachdrücklich den Frieden. Die Regierungen mögen nicht vergessen, daß sie bei dem gegenwärtigen Zustand Europas und der Stimmung der Arbeiterklasse nicht ohne Gefahr für sich selbst einen Krieg entfesseln können. Sie mögen sich daran erinnern, daß der deutsch-französische Krieg den revolutionären Ausbruch der Kommune zur Folge hatte, daß der russisch-japanische Krieg die revolutionäre Kraft der Völker des russischen Reiches in Bewegung gesetzt hat, daß die militärischen und maritimen Wettrüstungen den Klassenkonflikten in England und auf dem Kontinent eine unerhörte Zuspitzung gegeben und riesige Arbeitseinstellungen entfesselt haben. Es wäre Wahnsinn, wenn die Regierungen nicht begreifen würden, daß schon der bloße Gedanke der Ungeheuerlichkeit eines Weltkrieges die Entrüstung und Empörung der Arbeiterklasse hervorrufen muß. Die Proletarier empfinden es als ein Verbrechen, aufeinander zu schießen zum Vorteil des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien und zur höheren Ehre diplomatischer Geheimverträge.

Wenn die regierenden Gewalten die Möglichkeit normaler Fortentwicklung abschneiden und dadurch das Proletariat zu verzweifelten Schritten verleiten sollten, würden sie selbst die ganze Verantwortung für die Folgen der durch sie herbeigeführten Krise zu tragen haben.

Die Internationale wird ihre Anstrengungen verdoppeln, um diese Krise zu verhindern, sie wird ihren Protest mit immer stärkerem Nachdruck erheben, ihre Propaganda immer energischer und umfassender gestalten. Der Kongreß beauftragt darum das Internationale Sozialistische Bureau, mit um so größerer Aufmerksamkeit die Ereignisse zu verfolgen und, was immer eintreten möge, die Verbindung zwischen den proletarischen Parteien aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

Das Proletariat ist sich bewußt, in diesem Augenblick der Träger der ganzen Zukunft der Menschheit zu sein.

Um die Vernichtung der Blüte aller Völker zu verhindern, die von allen Greueln des Massenmordes, der Hungersnot und Pestilenz bedroht ist, wird das Proletariat alle seine Energie aufwenden.

So wendet sich der Kongreß an Euch, Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß Ihr in dieser entscheidenden Stunde Eure Stimme vernehmen lasset! Verkündet Euren Willen in allen Formen und an allen Orten, erhebt Euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten, vereinigt Euch in Massen zu großen Kundgebungen, nützt alle Mittel aus, die Euch die Organisationen und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorgt dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamen und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung der Völker entgegen!

Christlicher Jammer.

Um zu retten, was zu retten möglich ist, hatten die Führer der christlichen Gewerkschaften am 25. November dieses Jahres abermals einen Kongreß nach Essen einberufen, obgleich erst dieses Jahr der christliche Kongreß in Dresden getagt. Zwei Kongresse in einem Jahre — da muß schon etwas Besonderes vorgegangen sein, wenn ein solcher Kraftaufwand für nötig gehalten wird. Das Besondere war in diesem Falle die päpstliche Enzyklika, die sich trotz aller jesuitischen Drehungen und Windungen der christlichen Maulhelden gegen die christlichen Gewerkschaften richtet. Dulden will der Papst resp. die Kurie die christlichen Gewerkschaften, anerkennen nie. Anerkennung fanden nur die streng konfessionellen Organisationen der katholischen Fachabteilungen, die sogar in der Enzyklika gelobt und empfohlen wurden.

Wie schwer dieser päpstliche Eingriff die christlichen Gewerkschaften trifft, davon legte der Verlauf des Kongresses in Essen Zeugnis ab. Trotzdem alle Führer der christlichen Gewerkschaften und 250 Delegierte anwesend waren, fand doch keine Debatte statt. Das Arrangement war vielmehr nach dem Vorbild der Katholikentage getroffen. Erstens eine Eröffnungsrede des Abgeordneten Schiffer, in der Redner betonte, man wolle an den Beschlüssen des Dresdner Kongresses festhalten. Daß man das zu betonen für notwendig fand, was man einige Monate vorher beschlossen hat, ist charakteristisch

genug und nur der Ausdruck der Befürchtung, daß die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß der Enzyklika aus dem Leim gehen könnten. Die großen Worte von Treue und Vertrauen waren nichts als Redefloskeln, um die innere Unwahrhaftigkeit der Schifferschen Erklärung zu verdecken, daß die gegenwärtige Situation für die christlichen Gewerkschaften kein Grund sei, eine Aenderung eintreten zu lassen. Die Aenderung ist nämlich schon da — die Enzyklika hängt den christlichen Gewerkschaften wie eine Kette am Bein; sie warnt sogar schwer, die Kämpfe mit dem Unternehmertum auf die Spitze, d. h. bis zum Streik zu treiben.

Eigentlich kam auf dem Kongreß nur zum Ausdruck, wie schweren Schaden die christlichen Gewerkschaften durch die Enzyklika erleiden und daß nur die Sozialdemokratie ersp. die freien Gewerkschaften Vorteil davon haben würden. Das stimmt auffällig, bestätigt aber auch die bereits eingetretene Aenderung.

Nach der Eröffnungsrede wurde Stegerwald als Referent über das Thema: „Die durch die päpstliche Enzyklika geschaffene Lage" zugelassen. Das Referat bestand in einer Interpretation der Enzyklika. In dieser verwirrten Situation, meinte Stegerwald, die durch die Enzyklika geschaffen worden sei, sei ein Wort der Aufklärung nötig. Und das aufklärende Wort bestand in einer Interpretation der Enzyklika durch die in Fulda versammelt gewesenen deutschen Bischöfe. Der Bischof Dr. Schulte in Paderborn hat im Einverständnis mit dem Kardinal Kopp, dem Schützer und Förderer der katholischen Fachabteilungen, die Interpretation in Worte gekleidet, sie wurde vom Referenten Stegerwald verlesen und bildete den Hauptteil seiner Rede. Die Interpretation lautet folgendermaßen:

1. In dem Satz: „Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über Lohnzahlungen, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können", ist die letztere Wendung nicht so zu verstehen, als ob die kirchliche Obrigkeit beanspruche, mit der praktischen Erledigung solcher Fragen in den einzelnen Fällen irgendwie befaßt zu werden. Die Wendung besagt vielmehr, daß die Kirche das Recht und die Pflicht habe, zu derartigen Streitfragen, insoweit sie das Sittengesetz berühren, auch ihrerseits Stellung zu nehmen und durch Hinweise auf die richtigen Grundsätze, die in Betracht kommen, den Gläubigen vor sittlich-religiösen Schäden zu bewahren.

2. Der Satz: „Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen", besteht überall dort als eine Vorschrift des apostolischen Stuhles zu Recht, wo nicht die für Deutschland bezüglich der christlichen Gewerkschaften gemäß den Wünschen der Bischöfe vorgesehene Ausnahmestellung zutrifft. Eine Aufteilung der deutschen Diözesen, deren Bischöfe für ihr ganzes Diözesangebiet um Zulassung der christlichen Gewerkschaften gebeten haben, in solchen Gebieten, wo das Feld der Berliner Richtung sein soll, und in anderen Gebieten, wo christliche Gewerkschaften existieren dürfen, ist in der Enzyklika durchaus nicht angeordnet worden. Eine solche Aufteilung des Diözesangebietes brächte, was der Heilige Vater gerade verhüten will, erst recht Wirrwarr und Unfrieden.

3. Die Mahnung des Heiligen Vaters an die Bischöfe, „sorgfältig das Verhalten dieser Vereinigungen zu beobachten und darüber zu wachen, daß den Katholiken an der Anteilnahme an ihnen kein Nachteil erwächst", erklärt sich aus ihrem letzten Teil von selbst und in ihrem ersten Teil aus dem vorhergehenden Satze, an dem sie mit dem Wort „darum" angeschlossen ist. Es wird niemand den Bischöfen das Recht bestreiten können, sich zu orientieren über irgend welche Organisationen, also auch ob die hier in Rede stehenden christlichen Gewerkschaften grundsätzlich oder tatsächlich zur Kirche oder kirchlichen Lehre in Gegensatz treten. Die Beobachtungspflicht der Bischöfe bezieht sich nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften, sondern darauf, ob den katholischen Arbeitern aus der Mitgliedschaft kein sittlich-religiöser Schaden erwächst.

4. Bei dem Satz „Sollte unter ihnen noch irgend eine Schwierigkeit entstehen, so ist zu deren Lösung der gewiesene Weg folgender: Sie sollen sich an ihre Bischöfe um Rat wenden, und diese werden die Sache an den apostolischen Stuhl berichten, von welchem sie entschieden wird", ist nicht so gemeint, daß gewerkschaftliche Schwierigkeiten von den Bischöfen dem Heiligen Vater zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Es handelt sich vielmehr, wie aus dem Vorhergehenden sich ergibt, lediglich um die päpstliche Mahnung an die deutschen Katholiken, fortan bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten auf dem richtigen Instanzenwege zu bleiben und die Bekämpfung untereinander einzustellen. Es ist fraglos das Recht der Katholiken, in ihren Gewissensangelegenheiten den Rat beziehungsweise die Entscheidung ihrer kirchlichen Oberen einzuholen.

5. Die Wendung im vorletzten Abschnitt der Enzyklika „Wo in Anbetracht der Ortsverhältnisse die kirchliche Obrigkeit es für gut befunden hat, solche Gewerkschaften unter gewissen Vorsichtsmaßregeln zuzulassen", bedeutet keine Einschränkung gegenüber der generellen Fassung, in der im Abschnitt „In dieser Hinsicht" die Zulässigkeit der christlichen Gewerkschaften für die deutschen Diözesen erklärt worden ist."

Die Interpretation enthält, wie man sieht, kein Wort, das über die vom Papst ausgesprochene Duldung der christlichen Gewerkschaften hinausginge, vielmehr schreibt auch sie den christlichen Gewerkschaften vor, wie sie sich zu verhalten haben. Und es hat demgegenüber gar nichts zu bedeuten, wenn Stegerwald sagte, die christlichen Gewerkschaften würden sich ihr Ausbreitungsgebiet nicht einengen lassen. Das war auf die „Berliner Richtung" gemünzt, also von rückzugartiger Besorgnis eingegeben. Zu dieser Besorgnis stimmte übrigens der größenwahnsinnige Ausspruch schlecht:

„Solange aber in Deutschland eine starke christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist, kann die Sozialdemokratie ihre Pläne nicht verwirklichen."

Arme Schlucker! Auch ohne päpstliche Enzyklika und trotz päpstlichen Bannfluches gegen die dreimal verfluchte Sozialdemokratie wird sie eines Tages über alle gegen sie gegründeten und gerichteten Organisationen obsiegen und zur Tagesordnung übergehen.

Bemerkenswert ist noch der von Stegerwald ausgesprochene Zweifel, ob die Berliner Richtung „Frieden geben wird". Angriffe von dieser Richtung würden die christlichen Gewerkschaften in Zukunft nicht mehr auferwidert lassen, drohte er. Es wird die Berliner Richtung sich auch durch diesen Appell nicht rühren lassen, nachdem sie die volle Anerkennung des Papstes schwarz auf weiß erhalten hat und den Kardinal Kopp usw. hinter sich weiß.

Nach dem Referenten ließ man noch Vogelsang-Essen für den christlichen Bergarbeiterverband reden, ferner Wiedeberg-Berlin für den christlichen Bauarbeiterverband und Wieber-Duisburg für den christlichen Metallarbeiterverband, sowie Erklärungen anderer für weitere Gewerkschaften abgeben, die ohne besonderen Eindruck waren, sich aber wohlweislich jeder Kritik der Enzyklika enthielten. Das Gebot des Papstes ist also absolut und die christlichen Gewerkschaften beugen sich vor dem päpstlichen Absolutismus. Das besagt an und für sich genug, aber die Haltung der christlichen Gewerkschaften wird das auch weiter lehren und besonders bei wirtschaftlichen Kämpfen der päpstlichen Verurteilung des Streiks als Kampfmittel gegen den Kapitalismus Rechnung tragen.

Die ganze Veranstaltung des Kongresses zeugt von der Furcht vor Fahnenflucht im christlichen Gewerkschaftslager. Selbst die Bischöfe suchen durch milde Zureden die Flüchtigen aufzuhalten, damit nicht die freie Gewerkschaftsbewegung Zulauf aus dem christlichen Lager erhalte. Es wird aber alles nichts helfen. Die Arbeiter erkennen das Bündnis zwischen Thron, Altar und Kapital immer deutlicher, die Enzyklika selbst hat es ihnen noch deutlicher gemacht. Und das Unternehmertum, das sich heute schon auf die Enzyklika beruft, weiß, was für gute Dienste sie dem Kapitalismus leistet.

Wollte man übrigens die christlichen Gewerkschaften nicht als Sturmbock gegen die freien Gewerkschaften benützen — Papst und Klerus würden sie heute nicht nur nicht dulden, sondern sie kurzerhand verbieten und auflösen. So vegetieren sie heute also nur aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Und so etwas will Arbeiterinteressen vertreten!

Reichstagsbrief.

Wie weit wir in Deutschland noch von einem demokratischen parlamentarischen System entfernt sind, das bestätigten die Verhandlungen des Reichstages in der ersten Woche nach seinem Wiederzusammentreten. Zwar ist dies nichts neues, aber es ist nötig, das festzustellen, weil damit die Stellung der Parteien gekennzeichnet wird, die den Parlamentarismus herabwürdigen.

Zuweilen hört man in bürgerlichen Kreisen noch die Genugtuung aussprechen, daß bei den diesjährigen Reichstagswahlen die gesamte Linke eine Mehrheit, wenn auch vorläufig nur eine schwache, im Reichstage erlangt habe.

Wo ist diese Linke, wenn es gilt, das agrarisch-konservativ-klerikale Regierungssystem zurückzudrängen und seine reaktionär-kapitalistischen Maßnahmen vor dem Volke zu brandmarken? Dann spaltet sich der pseudoliberale Teil, die Nationalliberalen, ab, wie bei der Teuerungsdebatte und steht mit den Junkern und mit den Jesuiten zusammen, um die Junkerregierung zu retten und zu schützen vor der Opposition der Linken. Dieses skandalöse Schauspiel bot der Nationalliberalismus in der ersten Woche der Beratungen.

Es war sogar zweifelhaft, ob die Nationalliberalen den Abgeordneten Kämpf wieder als Präsidenten wählen würden. Nach schwierigen Fraktionsberatungen haben sie sich noch dazu aufgeschwungen, obgleich nach den Vorgängen bei der Präsidentenwahl im Frühjahr kein Anlaß vorlag, eine Aenderung eintreten zu lassen.

Als dann aber nach den wenig bedeutungsvollen Beratungen am ersten Tage über mehrere Petitionen die Teuerungs-Interpellation der Sozialdemokraten Gelegenheit zum Angriff auf die die Teuerung hinschleppenden Maßnahmen der Regierung bot, da trat der volksfeindliche Charakter der Nationalliberalen in die Erscheinung. An dem Lebensmittelwucher durch Verteidigung des Zolltarifs von 1903 beteiligt, ist natürlich von den Nationalliberalen eine Abkehr von dieser Wucherwirtschaft nicht zu erwarten, aber sie können sich sogar in schweren Teuerungszeiten nicht dazu verstehen, eine Minderung der Leiden des darbenden Volkes herbeiführen zu helfen. Die Redner der Nationalliberalen waren skrupellos genug, gegen die Suspensierung oder Herabsetzung der Zölle oder die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, oder überhaupt die Oeffnung der Grenzen aufzutreten.

Der Kampf für diese Forderungen wurde vom Genossen Scheidemann, der die sozialdemokratische Interpellation glänzend begründete, mit großer Energie eröffnet. Er geißelte unbarmherzig den zollwucherischen Raubzug auf die Taschen des Volkes, die Schamlosigkeit der agrarischen Beutemacher und den Schutz, den ihnen die Regierung angedeihen läßt. Dann enthüllte er den heuchlerischen Charakter der Regierungsmaßnahmen zur angeblichen Bekämpfung der Teuerung, und übergoß mit blutigem Hohn die Stellung des Reichskanzlers Bethmann Hollweg zur Teuerung. Mit wachsendem Unbehagen rückte dieser auf seinem Stuhle hin und her, um dann sofort nach Scheidemanns fulminanten Angriff seinem bedrängten Herzen Luft zu machen. Aber die Wucht der Gründe und Tatsachen, die Scheidemann angeführt hatte, ließen die oft gehörten agrarischen Einwände des Reichskanzlers hilflos und platt abfallen. Ihm sprangen wohl die Redner des Zentrums und der Konservativen, sogar der „Arbeitervertreter" Giesberts helfend zur Seite, aber wer glaubt denn noch den Schwindel vom Schutz der kleinen Landwirte durch die Lebensmittelwucherzölle? Wer glaubt noch der hohnvoll frechen Bemerkung, durch die Absperrung argentinischen Fleisches solle die Gesundheit der deutschen Arbeiter geschützt werden? Wer den Humbug, der mit Grenzsperre und Seuchengefahr getrieben wird?

Nein, der alte Schwindel zieht nicht mehr, und das Volk der Wähler wird es in sein Gedächtnis einprägen müssen, wie und von wem es in seiner Not mit abweisenden Redensarten, ja höhnischer Behandlung bedacht worden ist. Hier stand wieder einmal das Kleeblatt: Pfaff, Adel, Kapital, zusammen, das die Ursache seiner Not ist.

Und als es dann dazu kommen sollte, vor aller Welt festzustellen, wie diese Sippschaft gemeinsam die notwendigsten Maßnahmen zur Linderung der Teuerung, speziell die Oeffnung der Grenzen für argentinisches Fleisch, nicht getroffen wissen will, als die Sozialdemokraten zu diesem Zwecke die Spezialisierung ihres Mißbilligungsantrages in klarste Weise vorgenommen hatte, da erhob gerade Herr Vassermann Widerspruch gegen diese Formulierung, die über die neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung angeblich hinausgingen.

Dieser formelle Einspruch konnte jedoch die Absicht nicht verdecken, sich der Regierung als doppelter Helfer zu erweisen. Als nämlich jene Bestimmungen in der Geschäftsordnung beraten und beschlossen wurden, hatte der Reichskanzler durch den Staatssekretär Delbrück auf die Nationalliberalen einwirken lassen, daß es vermieden werden solle, nach einer Interpellation ein Mißbilligungsvotum gegen den Reichskanzler resp. die Regierung durch den Reichstag aussprechen zu lassen. Da der Regierung als freiwilliger Kommissar dienende Abg. Junck machte die possierlichsten Kapriolen in der Kommission, um den Wunsch der Regierung in Erfüllung gehen zu lassen. Kindisch waren die Abschwächungsversuche, lächerlich die gewählten Ausdrücke, um ein Votum des Reichstages so unwirksam als möglich zu machen. Einmal um das andere fielen die nationalliberalen Regierungsgehilfen um, aber ganz konnten sie das Votum nicht aus den Beschlüssen herausbringen, weil es nicht in ihrer Macht lag. Nun, nachdem die Sozialdemokraten sich des geschäftsordnungsmäßigen Mittels korrekt und loyal bedienen wollten, ließen sich die nationalliberalen Mollusken durch den Staatssekretär Dr. Delbrück wieder an die Regierungsstrippe nehmen, der sogar mit seinem Rücktritt drohte, wenn die Nationalliberalen etwa für den sozialdemokratischen Antrag stimmten.

Da gingen diese Parlamentshelden hin und versprachen nach der kritischen Plenarsitzung auf der Treppe zum Präsidium, wo sie beinahe fußfällig den eindringlichen Ermahnungen Delbrücks lauschten, hoch und heilig, daß sie weder in der angefochtenen Form, noch in einer unanfechtbaren dem sozialdemokratischen Mißbilligungsantrage zustimmen würden.

Und so kam es. Mit 174 gegen 140 Stimmen wurde das Unheil eines Mißbilligungsvotums abgewendet. Die gehorsamen nationalliberalen Musterknaben des Reichstages billigten die Ausraubung des Volkes durch Wucherpreise auf Lebensmittel, und erfreuen sich darum aufs neue der Geneigtheit der Regierung und — aller Beutepolitiker.

In der Debatte hatten außerdem Genosse Mollenbuhr und Südekum noch Gelegenheit, den Verteidigern des Zollwuchers derbe Wahrheiten zu sagen. Aber an deren eiserner Stirn prallen die heftigsten und berechtigsten Vorwürfe ab, bis endlich das arbeitende Volk sich samt und sonders aufraffen und dieser gesetzgeberischen Ausbeutung sich entledigen wird.

Der Reichskanzler kann jedoch auf das Ergebnis der Teuerungsdebatte nichts weniger als stolz sein. Weder ist seine Stellung gefestigt worden durch seine jammervoll grundmangelnde Rede, noch durch die knappe Mehrheit, durch die der sozialdemokratische Antrag mit Hilfe aller Ränke und Kniffe, zu denen sich die waschlappigen Nationalliberalen — an ihrer Seite der Fortschrittler Heckscher — bereit finden ließen, abgelehnt worden ist. Aber Delbrück bleibt — Gott sei gedankt!

Am letzten Tage der der Regierung so gefährlichen Woche wurde dann die erste Beratung drei kleiner Gesetzentwürfe vollzogen. Bei dem ersten, dem über Zusammenstoß von Schiffen, sowie über Bergung und Hilfeleistung in Seenot wurden von den Rednern aller Parteien zustimmende Erklärungen abgegeben. Bei dem zweiten dagegen, dem Entwurf über Kindersaugflaschen, wurden von dem Genossen Rühle der Regierung heftige Vorwürfe darüber gemacht, wie sie den Schutz der Kinder vernachlässige. Die große Säuglingssterblichkeit sei die Folge davon.

Beim dritten Entwurf, den Postscheck betreffend, hatte Genosse Südekum Einwendungen über die Unzulänglichkeit der Bestimmungen zu machen. Damit schloß die Woche.

Rundschau.

Schwere Anklagen gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung erhebt die in der Rheinprovinz erscheinende katholische Halbmonatsschrift „Die Ständeordnung" in ihrer neuesten Nummer (21). Sie spricht von der „satten, unversuchten Tugend" und schreibt, „daß die Sozialdemokratie durchaus nicht allein die Frucht verhetzender Agitation ist, sondern ihren günstigen Nährboden gefunden hat in den unleugbar schweren Mißständen der kapitalistischen Wirtschaftsweise" . . . „Wäre die Auflehnung gegen die schrankenlose Herrschaft des Kapitals nicht durch die Sozialdemokratie erfolgt, so wäre sie sicher in einer anderen Form zum Ausdruck gekommen."

Zu einer Fußnote zu dem Artikel schreibt das Blatt: „Noch kürzlich brachen in unserer Nachbarschaft zwei Arbeiter während der Arbeit vor Entkräftung zusammen. Selbst die mittleren Volksschichten haben kein Geld mehr für Butter und müssen sich mit Margarinetalg begnügen, und die unteren Klassen sind froh, wenn es für Kraut reicht. Ein Viertel der Menschen stirbt an Schwindsucht und die Hälfte der Volksschulkinder leidet an Unterernährung oder Verwahrlosung. Ein halbes Dutzend Bücher, die in den letzten Jahren erschienen, gibt Auskunft über das teilweise gräßliche Elend, besonders im Arbeiterstand; aber die poltische Presse unterschlägt sie . . ." Die Losung sei: „Es lebe die Produktion, und wenn die Produzenten dabei verhungern!" Der Volksverein für das „Katholische Deutschland" (München-Gladbach) aber rede „unserm armen Volke vor, es finge an, reich zu werden". Und schließlich heißt es in der „Ständeordnung": „Nicht der eigentliche Arbeiter und Produzent, sondern der Spekulant und der Kapitalist,

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 49 — **Sonntag, den 8. Dezember** — **1912.**

Hygiene in den Tabakfabriken.

In der gegenwärtigen Zeit ist nicht nur die Wissenschaft in der Lage, immer neue Mittel und Wege zur Förderung der Volksgesundheit zu zeigen, sondern auch die Technik hat namentlich auf dem Gebiete der Gewerbehygiene ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Nur in ganz bescheidenem Maße gelangt leider zur Anwendung, was Wissenschaft und Technik errungen, und selbst der Staat, der als Vertreter des Volksganzen das lebhafteste Interesse an der Volksgesundung bekunden sollte, hat es in dieser Richtung nur zu unzulänglichen Anläufen gebracht. Der heutige Staat ist eben ein Vertreter der Kapitalsinteressen; und nur zum Schein, weils gar nicht anders geht, hängt er sich hin und wieder das sehr fadenscheinige Mäntelchen sozialer Gesetzgebung um.

In den Fabrikationsräumen unserer Tabakindustrie ist eigentlich bitter wenig zum Schutze der öffentlichen Gesundheit wie der Gesundheit der Tabakarbeiter zu finden. Ohne Frage birgt jede Industrie, die sich mit der Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie Bekleidungsstücken beschäftigt, ganz erhebliche Gefahren für die Volksgesundheit in sich. Die Uebertragung von Krankheiten ist nur zu leicht möglich. Darüber sind sich auch die Gewerbehygieniker und Gewerkschaften einig und selbst der Staat und seine Organe müssen die Gefahr anerkennen. Zum Teil hat diese Gefahr auch auf die Schaffung des Hausarbeitsgesetzes gewirkt. Allerdings sieht man gerade bei diesem Gesetz, wie sehr das Sprichwort bei unserer kapitalistischen Gesetzgebung maßgebend ist: Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß!

Neben der öffentlichen Gesundheit kommt aber auch die Gesundheit der Berufsangehörigen in Frage. Will man die Gefahr für die öffentliche Gesundheit herabdrücken, muß man vor allem dafür Sorge tragen, daß in den betreffenden Gewerben der Gesundheitszustand der Arbeiter und Arbeiterinnen ein möglichst günstiger ist. Es kommt doch in Betracht, daß ein erheblicher Teil der Berufskrankheiten ansteckender Art sind. Aber auch ohne Rücksicht auf die öffentliche Gesundheit haben Arbeiter und Arbeiterinnen irgend eines Gewerbes Anspruch auf den größtmöglichen Schutz ihrer Gesundheit; und da dem Kapitalismus humane Eigenschaften fehlen, sollte die Gesetzgebung eingreifen. Sollte! Da wird immer vom Wohl des Vaterlandes gequasselt, während das Wohl des Geldbeutels gemeint ist.

Wie sieht es denn nun in der Tabakindustrie mit dem gesundheitlichen Schutz aus? Die Notwendigkeit eines solchen Schutzes kann ja wohl angesichts der unter den Tabakarbeitern herrschenden Lungenkrankheiten, die das Maß des Durchschnittlichen erheblich übersteigen, nicht bestritten werden. Soweit die öffentliche Gesundheit in Frage kommt, bestehen keinerlei Vorschriften, es sei denn, daß hier und da, wo es gar zu arg ist, von den Gewerbeinspektionen einige Anordnungen getroffen werden, die nach dieser Richtung hin wirken können. Hoffentlich erhalten wir demnächst eine Verordnung, auf Grund des Hausarbeitsgesetzes, die auch hier etwas Rücksicht nimmt. Man munkelt ja wenigstens, daß eine Bundesratsverordnung kommen soll. Für den gesundheitlichen Schutz der in der Zigarrenfabrikation beschäftigten Personen kommt die bekannte Bundesratsverordnung in Frage, die ja, nachdem es mehrfach aufgeschoben wurde, am 1. Januar 1913 hinsichtlich des Luftraumes eine Besserung bringt. Allerdings ist die Hausarbeit, soweit nur Angehörige beschäftigt werden, dieser Verordnung nicht unterstellt. Unsere praktischen Erfahrungen und die Berichte der Gewerbeinspektionen zwingen zu der Frage: In wie vielen Betrieben gelangen wohl die bundesrätlichen Vorschriften voll zur Durchführung? In sehr wenigen, müssen wir antworten; dabei denken wir gar nicht einmal an die Hausarbeitsbetriebe, wo eine Durchführung manchmal nach Art der Umstände einfach unmöglich ist. Unumwunden sei zugegeben, daß die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen sich oftmals sehr wenig für die Durchführung ins Zeug legen. Sehr begreiflich bei den ewigen Zoll- und Steuerplagen und der dadurch hervorgerufenen Unsicherheit und Arbeitslosigkeit; sehr begreiflich auch bei den traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen der Industrie, indem alle Kraft angewandt werden muß, um den kargen Lohn herauszuschinden; sehr begreiflich schließlich auch, wenn man bedenkt, in welche rückständige Gegenden unsere Fabrikanten mit ihren Betrieben ziehen. Wir erwarten freilich mit Recht, daß es bei der Tabakarbeiterschaft besser wird. Für den gesundheitlichen Schutz zu streben, ist eine hohe gewerkschaftliche Aufgabe.

Es ergibt sich aber nun die Frage: Sind denn die bundesrätlichen Vorschriften überhaupt genügend? Wir sagen: Keineswegs. Selbst ein Luftraum von 10 Kubikmeter pro Person ist in Arbeitsräumen, wo Staub entwickelt wird, ungenügend. Schon die ganze Einrichtung und Anlage der meisten Betriebe ist viel praktischer auszugestalten. Wie selten findet man eine Zigarrenfabrik, die modernen Ansprüchen genügt. Wenn es nur eben ausreicht, möglicherweise noch unter Dispens von den hauptsächlichsten Bestimmungen der bundesrätlichen Verordnung, wird der Betrieb begonnen. Gebäude, die zu allen anderen Zwecken nicht mehr dienen, sind als Zigarrenfabriken noch zu gebrauchen. Wir erinnern uns z. B., Tanzsäle, Kegelbahnen und ehemalige Ställe als Zigarrenfabriken gefunden zu haben. Daß unter solchen Umständen von einer modernen Hygiene nicht viel zu finden ist, dürfte erklärlich sein. Und doch hat sich die ganze Bauanlage nach den Erfordernissen der Hygiene zu richten. Am allerehesten ist noch der Großbetrieb bereit, und ja auch in der Lage, etwas Vernünftiges zu schaffen. Namentlich in der Zigarettenindustrie sind in den letzten Jahren Fabriken erstanden, die in sanitärer Beziehung als mustergültig bezeichnet werden müssen. Und in der Zigarrenindustrie ist wegen der, mindestens beim Wickelmachen, größeren Staubentwicklung die Frage nach luftigen und praktischen Arbeitsräumen viel brennender. Ganz unzulänglich sind in den meisten Fällen die Heiz- und Lichtanlagen. Wir meinen, daß bei unserer so hochstehenden Heiz- und Lichttechnik heute überhaupt keine Fabrik ohne eine gute Heizmethode, erst recht nicht ohne elektrisches Licht zu finden sein sollte. Statt dessen müssen die Tabakarbeiter oft frieren, andere wieder, die in der Nähe des Ofens sitzen, können's vor Hitze nicht aushalten, während viele sich mangels genügender Beleuchtung die Augen verderben müssen.

Und wie stehts mit dem Luftwechsel, mit der Staubbeseitigung? Die Bundesratsvorschrift will ja nach dieser Richtung hin wirken, tut es auch wohl, wenn sie befolgt wird, aber in völlig ungenügendem Maße. Die Zufuhr frischer, d. h. reiner Luft ist besonders im Winter durchaus mangelhaft und ist deshalb für entsprechende Einrichtungen zu sorgen. Die Technik hat Anlagen konstruiert, die nicht nur für den fortwährenden Zustrom reiner Luft, sondern auch erwärmter Luft sorgen. In wie vielen Zigarrenfabriken finden wir aber solche Anlagen? Mit der Staubbeseitigung siehts nicht besser aus. Die schlechte Luft und der Staub, verbunden mit Bewegungsmangel, sind dem Tabakarbeiter sehr gefährlich. In der Dresdner Hygieneausstellung war eine typische, vom Staub ruinierte Tabakarbeiterlunge ausgestellt. Und was geschieht heute gegen die Staubgefahr, der insbesondere unsere Wickelmacherinnen ausgesetzt sind? So gut wie nichts! Auch zur Bekämpfung der Staubgefahr gibt es mancherlei Einrichtungen, die den Feuchtigkeitsgehalt der Luft durch Wasserstäubung erhöhen, wodurch der Staub sich schneller zu Boden senkt. Wir haben einen solchen Apparat in Tätigkeit gesehen und uns über die ungeheure Zerstäubungskraft gewundert. Es gibt aber auch Staubabsaugungsanlagen, die auf jedem einzelnen Arbeitsplatz angebracht werden können. In keiner Weise wird durch die Vollkommenheit solcher Einrichtungen der Arbeiter in seiner Arbeit behindert, oder wird dem Fabrikanten Rohmaterial oder sonstiges Eigentum beschädigt. In Zigarrenfabriken finden wir alle solche Einrichtungen zum gesundheitlichen Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht, oder doch nur äußerst selten.

Unsere Fabrikanten halten es oft für wichtiger, gegenüber ihren Arbeitern den Scharfmacher zu spielen und diese von der Organisation fernzuhalten, andere sagen, daß es nicht möglich sei, die Kosten zu tragen. Nun, eine Industrie, die nur auf Kosten der Gesundheit ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen Geschäfte machen kann, muß durch Direktiven von stärkerer Hand gehoben werden. Uebrigens stimmt auch dieser Einwand nicht. Der Preis einer Ware drückt sich den zu ihrer Herstellung nötigen Aufwendungen plus Unternehmerprofit aus.

Nach alledem gestatten wir uns, die Fabrikanten sowohl wie die Gesetzgebung an die Erfüllung ihrer sanitären Pflichten zu erinnern. Dringend genug ist die Sache. Bei uns soll es nicht an der nötigen Aufmunterung fehlen.

Unsere Versammlungen.

Ein gut Teil unseres gewerkschaftlichen Lebens, unserer Verbandstätigkeit, spielt sich in Versammlungen ab. Unsere gewerkschaftlichen Organisationen sind auf der Grundlage der Demokratie aufgebaut, und wenn aus taktischen Gründen nicht alle Fragen, z. B. beim offenen Lohnkampf, in Versammlungen beraten werden, so haben die Mitglieder immer die Möglichkeit, über die allgemein einzuhaltenden Richtlinien, wie über die Verbandsverfassung und alle gewerkschaftlichen Fragen selbst zu bestimmen. Freilich muß, um unsere Bewegung einheitlich und erfolgreich zu dirigieren, in gewissen Angelegenheiten die zentrale Leitung eine Korrektur ausüben dürfen, die sich aber wieder in den Bahnen des vom Verbandstag, der Vertretung der Gesamtmitglieder, beschlossenen Statuts zu halten hat. Demgemäß wird denn auch nicht nur in unserem Verbande, sondern in der ganzen modernen Gewerkschaftsbewegung verfahren.

Eine solche, auf demokratischer Grundlage beruhende Bewegung bedarf aber auch, wenn Erfolge erzielt werden sollen, der tätigen Mithilfe aller. Auch für unsern Verband trifft das durchaus zu. Wir wollen uns durch unsern Zusammenschluß bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen; gewiß ein großes Ziel, in der Tabakindustrie mit ihren schlimmen Berufsverhältnissen, wahrhaftig keine Kleinigkeit. Aber ob mehr oder weniger günstige Voraussetzungen vorhanden sind, der Erfolg bemißt sich nicht zum geringsten Teil nach der Tätigkeit, nach der Energie der Mitglieder. Und bei solcherlei Gedanken kommen wir natürlich auch auf unsere Mitgliederversammlungen. Liegt nicht in unseren Versammlungen vor allem die Vorbereitung für so manches Gebiet unseres gewerkschaftlichen Tuns und Lassens? Oft genug sind Versammlungsbeschlüsse mitten in der Aktion nötig, oftmals, nachdem die Schlacht geschlagen. Aber davon ganz abgesehen. Der Gesamtverband mit allen seinen Mitgliedern steht täglich, stündlich, immer und überall, im Kampf! Tausend Dinge sind deshalb ständig zu beachten, scharf muß nach allen Richtungen gespäht werden. Wir meinen, daß in einer solchen Situation eine Energie und Aufmerksamkeit nötig ist, wie sie sich nur irgendwie entwickeln läßt. Soweit unsere Versammlungen dabei in Frage kommen, haperts leider oft. Haben unsere Mitgliederversammlungen heute schon die Bedeutung, die sie haben sollten und müßten? Keineswegs. Wenn nicht gerade ganz wichtige Angelegenheiten in Frage kommen, oder ein Lohnkampf vor der Tür steht, zieht ein großer Teil unserer Mitglieder, Männlein wie Weiblein, vor, hübsch fernzubleiben. Gerade am Versammlungstage hat man anderweitig natürlich ungeheuer Wichtiges zu tun; man muß notwendig hinterm Ofen sitzen, andernfalls dringend seinen Kohl bauen, oder man wird, selbstverständlich zufällig, durch andere, ähnlich schwerwiegende Hindernisse, abgehalten, wenn man es überhaupt für erforderlich hält, sich die Mühe einer Entschuldigung zu gestatten.

Mit den wichtigen Angelegenheiten in den Versammlungen ist es freilich mitunter eine eigene Sache, denn nicht immer wird die Wichtigkeit der Tagesordnung nach ihrer gewerkschaftlichen Bedeutung bemessen, sondern es soll vorkommen, daß irgend ein Klatsch, der mit unserem Verist das nur selten der Fall. Meistens ist nur ein Bruchdie Mitglieder pro und kontra entflammt. Glücklicherweise ist das nur selten der Fall. Mindestens ist nur ein Bruchteil der Mitglieder anwesend, und zeigen solche Versammlungen dann ein trostloses Bild. Wir wollen keineswegs behaupten, daß es bei unseren Gegnern, den Unternehmern, oder bei den mit uns rivalisierenden Organisationen anders ist, im Gegenteil; bei uns dürfen jedoch solche Zustände nicht herrschen, um unserer Sache willen nicht.

Will man aber den Versammlungsbesuch, die tätige Mitwirkung der Mitglieder an den Verbandsaufgaben, die ja ihre eigenen Aufgaben sind, fördern, so muß man allerdings auch bei den Mitgliedern das Interesse zu wecken und wachzuhalten suchen. Damit dient man selbstverständlich den Zwecken des Gesamtverbandes. Viel zu lang wird oftmals über Dinge gesprochen, die als Bagatelle in fünf Minuten zu erledigen wären. Es ist durchaus nicht notwendig, daß jeder „Redner" bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit sein Licht leuchten läßt, wie ja nicht allein im Reden der Vorzug und die Tüchtigkeit eines Menschen liegt. Vor allem befleißige man sich, jeden Klatsch und Tratsch aus den Versammlungen fernzuhalten; eine Aufgabe, die nicht nur dem Versammlungsleiter, sondern allen Teilnehmern zufällt. Man braucht, um eine Versammlung interessant zu machen, wirklich nicht mit dem Stoff in höheren Regionen zu schweben. Es soll ja Leute geben, die das Dach früher bauen als das Fundament. So gut wie das vom Standpunkte der allgemeinen Volksbildung durchaus nicht zweckmäßig gehandelt ist, ist es auch bei uns unpraktisch. Liegen in den Versammlungen keine geschäftlichen Sachen zur Verhandlung vor, oder sind sonst keine im Augenblick aktuelle Verbandsfragen zu beraten, so setze man irgend eine Berufsfrage oder ein allgemein wirtschaftliches Thema auf die Tagesordnung. Es gibt dieser Fragen so unendlich viele, daß unsere Versammlungen in dieser Hinsicht keinen Mangel zu leiden brauchten. Wenns nicht anders geht: der Tabak-Arbeiter schneidet jede Woche Berufsfragen an und bringt wirtschaftspolitische Aufsätze; also greife man sich nur etwas heraus.

Um die Einleitung, die zur Besprechung solcher Fragen allenfalls erforderlich ist, braucht man nicht gar so verlegen zu sein. Wenn es möglich ist, möge man sich freilich eine Person als Referenten bestellen; aber absolut notwendig ist das nicht; an der Referentenfrage darf unsere Aufklärungsarbeit nicht scheitern. Es bedarf nicht immer einer langen Rede; man versuche, intelligente Kollegen und Kolleginnen vorher für die eine oder andere Frage zu interessieren, damit sie sich im Geiste vorbereiten können, und lasse sie dann einige in das Thema einführende Ausführungen machen, so daß sich daraus eine Diskussion entwickeln kann. Die Ortsverwaltungen müssen sich vor allem die Förderung eines höheren Niveaus unserer Versammlungen angelegen sein lassen. Wir sind überzeugt, daß manches besser werden könnte, wenn man nur einigermaßen freudigen Willen zeigt, so daß mit der Zeit die Versammlungen besser besucht werden und auch die tätige Mitwirkung der Mitglieder an den Verbandsaufgaben zunimmt.

Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß wir unsern beruflichen Nachwuchs nicht, wie andere Gewerkschaften, aus den großen Städten ziehen, sondern aus ländlichen Gegenden, wo die Bildungsmöglichkeiten ohnehin geringer sind. Wir brauchen aber vor allem immer frische organisatorische Kräfte, aber wir brauchen auch ein weit stärkeres Berufsleben; die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen müssen sich viel mehr um ihre Existenzverhältnisse kümmern, als es jetzt geschieht. Wir wissen wohl, daß ein solcher Fortschritt nicht allein durch die Gestaltung unserer Versammlungen und den stärkeren Besuch derselben erreicht wird, aber manches kann auf dem Gebiete unseres Versammlungswesens zur weiteren Entwicklung nicht nur des Einzelmitgliedes, sondern des Gesamtverbandes geschehen.

Eine Affenkomödie.

Die Auffassung des Papstes über die interkonfessionellen Gewerkschaften, wie sie sich in der letzten Enzyklika ausdrückt, hat die Regisseure der „christlichen" Gewerkschaften in böse Verlegenheit gebracht. Sie hatten erst in Dresden unter dem donnernden Beifall aller an der Strippe gehaltenen Marionetten ihre Falstaff-Deklamationen in die Welt gesetzt, und nun spuckt ihnen der Papst

schen wieder in die ohnehin schon recht angebrannte Suppe. Also verfügte die Regie eine neue Ausstattungsposse, die diesmal zu Essen über die Bretter gehen sollte. Und es klappte, was kein Wunder ist bei dem Talent der Regisseure und Schauspieler, die ihr Lebtag nur mit Pose und Schminke gearbeitet haben.

Wir beschäftigen uns an anderer Stelle mit dem, was auf den Brettern in Essen deklamiert wurde, und hätten wir in dieser Hinsicht höchstens noch die Aufgabe, der Mit- und Nachwelt eine Leistung Giesberts mitzuteilen. Giesberts sagte: **„Wenn es uns lediglich darauf angekommen wäre, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, dann hätten wir zur Sozialdemokratie gehen können.“** So gesteht also dieser christliche Heldenspieler den Sozialdemokraten zu, daß sie nur wirtschaftliche Interessen der Arbeiter vertreten und daß die Christen auch noch etwas anderes, sagen wir Unternehmerinteressen, zu vertreten haben.

Aber wir wollten hier eigentlich nur die Arrangements der Essener Schaustellung dem großen Publikum zeigen, damit es urteilen kann, ob die Bezeichnung „Affenkomödie“ für ein solches Spektakelstück zutreffend ist oder nicht. Also:

Zu Dienstag, den 26. November, war die christliche Vorstellung in Essen angekündigt; man hatte dem Stück den Titel „Kongreß“ gegeben. Und die Regie ließ nichts zu wünschen übrig, zumal die nötigen Marionetten zur Stelle waren. Schon während der Vorstellung wurde die Rolle — pardon! — die Rede Stegerwalds verteilt, und es ist kein Zweifel darüber, daß alle anderen Rollentexte bereits vor der Vorstellung fein säuberlich zu Papier gebracht und jedem Aktör zum Auswendiglernen genügend frühzeitig zugestellt waren. Eine Düsseldorfer Großklappe, bevorzugter Schüler Erzbergers, soll freilich ganz zerknirscht gewesen sein, weil ihm die Regie auch nicht die kleinste Rolle gab.

So war man denn auch in der glücklichen Lage, das „Protokoll“ dieses „Kongresses“ bereits fertig zu haben, bevor die Vorstellung begonnen hatte.

Dienstag, den 26. November, war der Kongreß; aber die christliche Tabakarbeiter-Zeitung, die Freitag, den 29. November, in unsere Hände gelangte, die also spätestens am Donnerstag gedruckt werden mußte, teilt schon mit, daß die Protokolle des Essener „Kongresses“ bereits an die Ortsgruppen abgegangen sind. Also Dienstags „Kongreß“, Mittwochs ist das Protokoll versandfertig! Wer zweifelt nun noch, daß das Protokoll nicht bereits vor dem Kongreß fertig war?

Doch noch ein weiteres Beispiel, wie die Rollen vorher verteilt waren: Die christliche Tabakarbeiter-Zeitung bringt von dem am Dienstag stattfindenden „Kongreß“ einen über zehn Spalten langen Bericht nebst Besprechung, füllt also mit dem „Kongreß“ fast ihre ganze Zeitung! Zwar entschuldigt sich das Blatt bei den Lesern, daß der Redaktionsschluß später erfolgte, und daß deshalb der Versand auch nicht prompt erfolgen könne. Wir konstatieren, daß die „Kongreß“nummer der „christlichen Tabakarbeiter-Zeitung“ bereits Freitag, und zwar mit der ersten Post, in unsere Hände kam, während wir sonst das Blatt erst Sonnabends, mittags oder abends, oder gar erst Sonntags, erhalten. Wenn Geschwindigkeit bei den Christen auch keine Hexerei sein mag, die Rollen waren aber auch in bezug auf die Presse gut verteilt.

Solches Gebahren nennt man unter vernünftigen Menschen rundweg eine Affenkomödie. Anderen als Blödsinnigen kann man doch mit solcher Aufmachung nicht imponieren. Und bei dieser Faxkerei schreibt die christliche Tabakarbeiter-Zeitung vom Zurückdrängen unseres Verbandes! Man lese:

Dazu kommt, daß unser Verband die beste Zukunft hat. Die Tabakarbeiter beider Konfessionen sind in den noch nicht für die Organisation erschlossenen Orten und Gegenden religiös und national gesinnt, so daß die Möglichkeit besteht, nicht nur gleich stark wie der rote Verband zu werden, sondern diesen mit der Zeit zu überflügeln, wofür noch der Umstand spricht, daß dort, wo der rote Verband seine besten Stützpunkte hat, die Tabakindustrie immer mehr zurückgeht. Ganz abgesehen davon, daß die Berlinerei eine Versündigung an den Tabakarbeitern insofern wäre, daß diese dann in ihrer sowieso vielfach recht elenden Lage verbleiben müßten, wäre es unter diesen Umständen auch ein Frevel, die noch christlich und national gesinnten Tabakarbeiter der Sozialdemokratie auszuliefern, wie wir oben schon dargetan haben.

Ach du liebes Herrgöttle von Düsseldorf! Die Mühe ist vergebens! Auch die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen verlangen nach mehr Brot und Freiheit, eure Spektakelstücke und Affenkomödien, die nur auf Idioten zugeschnitten sind, belachen sie. Die Tabakarbeiter werden euch die Worte eures Giesberts um die Ohren schlagen: **Es kommt euch nicht lediglich darauf an, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten!**

Sind die grossen Gewerkschaften politische Vereine?

Die Aufwerfung dieser Frage in entsprechenden Beweisbeschlüssen ist das vorläufige Ergebnis der Verhandlung in drei Prozessen, die am 26. November das preußische Oberverwaltungsgericht beschäftigten. Die Prozesse waren angestrengt worden vom Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Bitterfeld des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands gegen den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, von Czerwinski, dem Vertreter der Ortsgruppe Culmsee des Zentralverbandes der Zimmerer gegen den Oberpräsidenten der Provinz Westpreußen und dem Former Wenzel als Vertrauensmann der Ortsgruppe Kotzenau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen den Regierungspräsidenten zu Liegnitz. In allen Fällen handelte es sich um von der höheren Behörde gebilligte ortspolizeiliche Verfügungen, welche die Einreichung der Statuten und eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder der Zweigvereine beziehungsweise Ortsgruppen verlangten. Die Behörden gingen davon aus, daß es sich um politische Vereine im Sinne des Reichsgesetzes handele.

In den drei Fällen war Klage erhoben worden mit der Begründung, daß politische Vereine hier nicht in Frage kämen. Die Vertreter der Kläger (Rechtsanwalt Wolfgang Heine in den Sachen aus Bitterfeld und Kotzenau und Rechtsanwalt Dr. Herz-Hamburg in der Sache aus Culmsee) legten eingehend dar, daß weder die Ortsvereine politische Vereine seien, noch die in Frage kommenden Zentralverbände.

Das Oberverwaltungsgericht will nun augenscheinlich „ganze“ Arbeit machen. Es beschloß Beweiserhebung, nicht aber über das Vereinsleben der einzelnen, hier in Betracht kommenden Zweigstellen beziehungsweise Ortsgruppen, sondern über den Charakter der genannten drei Zentralverbände. Es soll darüber erstens der Polizeipräsident von Berlin bezüglich aller drei Verbände, und außerdem in jedem Einzelfalle die Polizeibehörde des Orts gehört werden, wo der Sitz jedes der Verbände sich befindet (Hamburg bezüglich des Zimmererverbandes, Hannover bezüglich des Fabrikarbeiterverbandes, Stuttgart bezüglich des Metallarbeiterverbandes). Das Beweisthema (in das immer der Name des fraglichen Zentralverbandes einzusetzen ist) lautet in allen drei Fällen übereinstimmend: Was ist bisher (den genannten Behörden) bekannt geworden dadurch, ob, wodurch und inwiefern der Verband auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezweckt.

Es ist klar, worauf diese Beweisbeschlüsse abzielen. Man will, wenn es gelingt, die Verbände als solche zu politischen zu stempeln, damit gleich auf einen Schlag alle Ortsvereine der Verbände treffen. Denn nach dem Standpunkt des Oberverwaltungsgerichts teilt ein Zweigverein, der zu einem politischen großen Verbande gehört, den politischen Charakter des Verbandes, ohne daß es in diesem Falle auf die Betätigung des Zweigvereins ankommt.

Auf den endgültigen Ausgang der obigen drei Prozesse kann man gespannt sein, wenn sich auch die ganze Haupt- und Staatsaktion als ein Teil jener kleinlich-gehässigen Nadelstichpolitik charakterisiert, wie sie seit Jahren in Preußen von Polizei und Justiz gegen die aufstrebende moderne Arbeiterbewegung beliebt wird.

Enzyklika-Poesie.

Recht gelungen persifliert das antibachemitische „Katholische Deutschland“ in seiner Nr. 40 (vom 24. November) das Bemühen der christlichen Gewerkschaftsführer und ihrer Presse, in der antigewerkschaftlichen Enzyklika des Papstes allerlei Schönheiten zu entdecken, das heißt sie zu ihren Gunsten umzufälschen. Das Blatt leistet sich folgende Verspottung:

„Kölnische“ Enzyklika-Auslegung.

Nun ist die Langersehnte da,
Die päpstliche Enzyklika,
Wie fröhlich jubelt Treu-Berlin,
Doch „Kölner“ Stirnen Falten ziehn.

Der allgewalt'ge Zeitungsmann
Schimpft im Bureau erst, was er kann —
Dann greift er rasch zum Telephon,
Gibt Order aus und Lektion:

Für die erste Woche:
Nun füget ganz gehorsam Euch
Und lobt des Papstes Rutenstreich,
Doch konstatieret auch mit Dank,
Daß es „Berlin“ nicht ganz gelang.

Für die zweite Woche:
Jetzt: Dank der „Duldung“ ist es gut,
Daß uns der Papst bestätigen tut,
Er sagt ausdrücklich, feierlich:
Ohne „Christen“ gehts in Deutschland nich!

Für die dritte Woche:
Triumph! Der Papstbrief gibt uns recht,
Er lobt den Fachabteilungsknecht,
Ja, ja, das muß halt mal so sein,
Doch wir sind mehr, das sieht er ein.

Für die vierte Woche:
Wir gehen unentwegt voran,
Der Papstbrief macht den „Christen“ Bahn,
Er war gesandt zum Schmerzvertreib,
Damit es so wie früher bleib'.

Für die fünfte Woche:
Der Papst sagt selbst, das Heil der Welt
Ist aufs System von „Köln“ gestellt —
Als Dogma sagt ers, daß im Rat
Der Arbeit er nichts zu sagen hat.

Für die ganze Zukunft:
Lieb ist's dem Papst und angenehm,
Wenn futsch geht das Berlin-System —
Ihr müßt's zerstören, rasch, ja, ja,
das fordert die Enzyklika!

Für die ersten vier Wochen haben tatsächlich die christlichen Gewerkschaftsführer dieses Rezept befolgt.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Vom Monopolspuk. In letzter Zeit ist mehrfach von einem drohenden Zigarettenmonopol in Deutschland geschrieben worden. Das Organ der Zigarettenindustriellen, die „Tabakwelt“, läßt sich nun aus Berlin von angeblich maßgebender Seite folgendes schreiben: „Nach persönlicher Rücksprache mit den in Frage kommenden Behörden teile Ihnen mit, daß die verbreiteten Gerüchte jeder Begründung entbehren. Der Regierung liegen zurzeit Erwägungen über ein Zigarettenmonopol fern.“ Also „zurzeit“ nicht! Na, wir wissen, daß die Regierung bei allen Anläufen zur größeren Belastung des Tabaks solange versicherte, daß „zurzeit“ nichts zu befürchten sei, bis man schließlich nicht anders konnte, und nicht nur Erwägungen, sondern schon das Bestehen fertiger Projekte zugeben mußte. Mag der Gerüchtnamm der „Tabakwelt“ Recht behalten.

Der Zug zum Großbetrieb. Die Zahl der Zigarrenfabriken im Bezirk der Handelskammer Offenbach, also in Stadt und Landkreis Offenbach und Kreis Dieburg, ist von 55 im Jahre 1910 auf 53 im Jahre 1911 zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter von 2226 im Jahre 1910 auf 2238 im Jahre 1911 gestiegen, trotzdem im Handelskammerbericht über Mangel an Aufträgen in der Zigarrenindustrie geklagt wird. Die Steigerung der Arbeiterzahl kommt nur den Weiblichen zugute, denn die Zahl der Männlichen ist von 1910 auf 1911 noch um 17 gesunken.

In Baden kommen auf einen Betrieb, wie wir bereits in der Besprechung des Berichts der dortigen Gewerbeinspektion mitteilten, im Jahre 1911 48 Arbeiter, gegen 45 im Jahre 1910.

Zigarillos-Werke A.-G. In Nr. 47 des Tabak-Arbeiter brachten wir einen der Südd. Tabakztg. entnommenen Prospekt der neugegründeten Zigarillos-Werke, A.-G., Berlin. Die Bankfirma Hellming & Co. in Berlin, die an der Finanzierung des Unternehmens beteiligt ist, sendet nun der Südd. Tabakztg., die einige zweifelnde Aeußerungen hinsichtlich des Unternehmens machte, eine Richtigstellung, die wir nachstehend abdrucken. Gleichwohl bezweifelt die Südd. Tabakztg., daß das Unternehmen in Fachkreisen so großes Aufsehen, wie angegeben, gemacht habe, wie auch der Einkauf an Tabak in der angegebenen Art am Produktionsort als unmöglich dargestellt wird. Die Firma Hellming & Co. schreibt:

„Die Nachfrage nach unserem Fabrikat, den Zigarillos, ist heute schon so groß, daß der prospektual angenommene Absatz von 72 Millionen definitiv garantiert werden kann. Wie unser Fabrikat in den Händlerkreisen aufgenommen wurde, beweisen die täglich einlaufenden Anfragen und Bestellungen aus dem In- und Auslande. Wir hatten u. a. Gelegenheit, unser Fabrikat in einer Versammlung des Zigarrenhändler-Verbandes hier zu demonstrieren und wurde unsere Zigarillo in Anbetracht des äußerst billigen Preises und der guten Qualität nur lobend kritisiert und dem Absatz eine sehr große Prognose gestellt. Daß diese Tatsache in den von Ihnen befragten Fachkreisen unbekannt ist, liegt wohl einzig und allein daran, daß wir bis heute noch keine Veranlassung hatten, an Ihre Gewährsleute heranzutreten, auch wohl deshalb, weil wir mit der Großfabrikation erst nach vollzogener Gründung unserer A.-G. beginnen und dann erst den vollen Beweis unserer Behauptung durch Tatsachen bringen werden. Auch dann erst werden die von Ihnen monierten Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder nominell aufgeführt werden.

Die Hauptsache ist jedenfalls die, daß unsere Maschine das leistet, was wir versprechen, und haben die Erfinder mit dieser ein schon seit Jahren gesuchtes Problem in der perfektesten Weise gelöst. Dieses verdient umsomehr der Beachtung, als gerade hierin der Schwerpunkt für die Existenz des Ganzen zu suchen ist.“

„Die Besichtigung der Maschine und deren Arbeitsleistung stellen wir gern Interessenten anheim. Auch betreffs des Rohtabakeinkaufs stimmen unsere Angaben in jeder Hinsicht, da wir durch die Arbeitsleistung unserer Maschine in der Lage sind, selbst die allerkleinsten Blättchen für Um- und Deckblatt zu verwerten, d. h. Längen, die bei einer Handarbeitsware kaum noch zu verwenden sind. Hierzu kommt noch der Umstand, daß diese kleinsten — 5. Längen — speziell in Deli nicht mehr für den Versand zum europäischen Markt in Betracht kommen können und deshalb schon drüben veräußert bezw. weggeworfen werden. Es bildet dieser Umstand, selbstverständlich neben noch anderen Tabakbezugsquellen, somit für uns eine billige Einkaufsgelegenheit. Auch dürfte es ein Irrtum Ihrerseits sein, daß man in Deli „jedes noch so kleine Blättchen“ erntet; jedenfalls nicht mit Absicht des Pflanzers. Ernten die Chinesen bezw. die Ernte-Hilfsarbeiter (Javanen, Batakker) während der Erntezeit diese dennoch und reihen solche auf, so ist es jedenfalls gewiß, daß, wenn diese Miniaturblättchen nicht schon beim Nachzählen durch den Pflanzungs-Assistenten von diesem weggeworfen werden, dann doch sicher später, wenn sie beim Ausmessen nach der Sortierung entdeckt werden.

Wenn wir auch in dieser Hinsicht nicht einzig und allein auf Deli angewiesen sind, so möchten wir doch nicht unterlassen, Sie auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß es doch möglich ist, diese kleinen Längen ohne den Amsterdamer Markt direkt von den Plantagen aufzukaufen, wie dies bekannte Handelsfirmen in Deli schon seit Jahren tun.

Wir glauben, hierdurch unseren billigen Einkaufspreis vollkommen motiviert zu haben. Selbstverständlich werden wir auch hierbei den hohen Preisschwankungen unterworfen sein, doch wird sich unsere Fabrikation selbst dann noch rentieren, wenn sich die Einkaufspreise verdoppeln sollten.

Betreffs der Gewichtsberechnung unserer Zigarillos möchten wir Ihnen bemerken, daß wir das Tausend aus netto zwei Pfund 125 g Tabak herstellen, wir somit bei einer prospektualen Angabe von drei Pfund wiederum einen großen Spielraum freiließen.“

Tabakarbeiterstreik auf den Philippinen. Vor längerer Zeit berichteten wir, daß in Manila 10 000 Tabakarbeiter die Arbeit eingestellt haben, und zwar bei 27 Firmen. Ueber den Grund der Arbeitseinstellung konnten wir nichts erfahren. Nun wird berichtet, daß die Zigarrenarbeiter in Manila mehr Lohn verlangen. Außerdem richtet sich der Ausstand gegen den Plan der Regierung, alle Zigarren- und Zigarettenarbeiter in amtliche Listen eintragen zu lassen. Die Regierung hat sich hinsichtlich der Registrierung zu einigen Abänderungen ihres Vorhabens gezwungen gesehen, doch ist der größere Teil der Arbeiter bisher noch nicht wieder zur Arbeit erschienen. Wie sich die Firmen zu der Lohnfrage stellen, wird leider nicht berichtet. Auch ist nicht zu erkennen, was die Regierung (die Philippinen stehen unter der Herrschaft der Vereinigten Staaten) mit der Registrierung der Arbeiter bezwecken will.

Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

Holland. Die von den vier Organisationen der Tabakarbeiter unternommene Lohnbewegung, die bereits schon zum Ausstand in s'Hertogenbosch führte, hat eine Wendung genommen dahin, daß es vorläufig wenigstens nicht zum allgemeinen Streik kommen wird. Die Fabrikanten haben einige Lohnerhöhungen gewährt, die allerdings die Forderungen der Arbeiter nicht erreichen. Trotzdem gerade die in s'Hertogenbosch dominierenden Christlichen die Arbeit eher niederlegten, als es in dem gemeinschaftlichen Vorgehen beabsichtigt war, erklärte sich die römisch-katholische Organisation mit den geringen Zugeständnissen einverstanden, so daß damit auch für die anderen drei Organisationen die Notwendigkeit zum Nachgeben besteht. Allerdings werden noch über Einzelheiten Unterhandlungen mit den Fabrikanten sein. Man sieht, daß auch in Holland die Christlichen von Organisation noch keine Ahnung haben.

Braunschweig. Bei der Firma Frey & Schurig haben die Sortierer Lohnforderungen eingereicht. Jk.

Vorgehen hatte den Erfolg, daß auf 20 Sorten für Zwanzigstel-Packungen 10 ₰ pro Mille bewilligt worden sind.

Groß-Rhüden. Bei der Firma Albrecht & Schmidt (Sitz Hamburg) haben die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Die Firma bewilligte auf 12 Sorten 25 ₰ und auf 6 Sorten 50 ₰ pro Mille. Der Mindestlohn beträgt jetzt bei freier Zurichtung, die für alle Sorten geliefert wird, 8 ℳ pro Mille.

Treffurt. Die Firma Roland, Inh. Herm. Ritter (Sitz Bremen) so wurde berichtet, erhöhte die Löhne der Zigarrenmacher um 10 bis 50 ₰ pro Mille. Diese Mitteilung ist dahin zu berichten, daß die Lohnzulagen nur für die Sortierer in Betracht kommen. Da durch einen Irrtum von einer Lohnzulage für die Zigarrenmacher berichtet wurde, ist zu wünschen, daß eine wirkliche Lohnzulage recht bald eintreten möge.

Lünen i. Lippe. Bei der Firma Eberhard Räcker haben die Kollegen Lohnforderungen gestellt. Die Firma bewilligte auf 2 Sorten 75 ₰ pro Mille.

Breslau. Mit der Firma Adolf Größer konnte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Der Mindestlohn beträgt jetzt pro Mille 8,50 ℳ. Mit der Firma Oskar Maywald konnte ebenfalls ein Lohntarif abgeschlossen werden. Der Mindestlohn beträgt auch hier 8,50 ℳ pro Mille und die Lohnzulagen 50 ₰. In beiden Tarifen wurde die Arbeitszeit besonders geregelt.

Halbau. Bei der Firma G. W. Hübner hatten die Arbeiter Lohnforderungen gestellt. Die Firma bewilligte bis 50 ₰ pro Mille. Bei Verarbeitung von Vorstenland-Decke erhöht sich der Lohn um 1 ℳ pro Mille.

Michelbach (Kahlgrund). Mit der Firma Phillip Sell wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Mindestlohn für Roller beträgt 50 ₰, für Wickelmacher 30 ₰ pro 100 Stück bei Lieferung freier Zurichtung. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 53 Stunden festgelegt.

Offenbach a. M. Bei der Firma Gebr. Bernard (Rauch-, Kau- und Schnupftabak) waren die Arbeiter um Lohnerhöhungen eingekommen. Die Firma erhöhte die Wochenlöhne bei den Arbeitern und Arbeiterinnen um 60 bis 180 ₰; die Stundenlöhne der Spinner wurden um 3 ₰ und die Akkordlöhne um ¼ ₰ pro Pfund erhöht. Diese Zulage entspricht einer Lohnzulage von etwa 3 ℳ pro Woche. Außerdem erhielten alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die 10 Jahre bei der Firma beschäftigt werden, pro Woche 1 ℳ mehr.

Zehdenick. Die Firma Rudolf Paarmann erhöhte den Lohn bei einer Sorte um 2 ℳ pro Mille.

Calbe a. S. Der Streik bei der Firma G. Schulze ist als aussichtslos aufgehoben worden.

Cottbus (Prov. Brandenburg). Der Streik bei den Firmen E. A. Bemmann, B. Segal, Gebr. Stoy dauert fort. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Bünde-Emigloh. Der Streik bei der Firma Carl Wellensieck & Comp. dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Wintersdorf (S.-A). Der Abwehrstreik bei der Firma W. Schlenzig dauert fort. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Warendorf (Westf.). Die Firma August Schwerbrock hat ihre Arbeiter gekündigt, weil sie dem Verbande angehört haben. Die Firma ist gesperrt. Vor Zuzug wird gewarnt.

Tarifabschlüsse! Geregelte Löhne!

Die Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gestellt, die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen zu heben, vor allem die Löhne zu erhöhen. Zur Sicherung der erkämpften Vorteile dient vielfach der Tarifvertrag. Alle Arbeiter sollen sich in der Verbesserung ihrer Lebenshaltung beistehen. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin, am allerwenigsten, wenn sie organisiert sind, soll versäumen, bei Wareneinkauf oder Bestellung darauf zu achten, daß diese Waren auch unter tariflichen Löhnen, oder wo Tarife nicht bestehen, unter Löhnen hergestellt werden, die unter Mitwirkung der Gewerkschaften als Mindestgrenze festgesetzt sind. Immer aber sind Tarifwaren vorzuziehen. Deshalb ist beim Kauf oder bei Bestellung der Ware oder der besonderen Leistung darauf Rücksicht zu nehmen. So gut wie heute schon keine Verwaltung irgend einer Arbeiterorganisation oder kein organisierter Arbeiter in nichttariftreuen Druckereien arbeiten lassen wird, so gut muß der Tarif immer und überall ausschlaggebend für den Konsumenten sein. Wenn man selber den Tarifabschluß fördert in der Voraussetzung, damit weiter zu kommen, so muß man auch mit ihm als Konsument zu jeder Zeit rechnen, zumal damit Ware oder Leistung nicht teurer zu sein braucht. Erst wenn man so verfährt, hat man auch Anspruch, von anderen dieselbe Rücksicht zu verlangen; wir Tabakarbeiter können also erst dann von den Rauchern volle Anerkennung unserer Tarifware verlangen, wenn wir auch die Tarife in anderen Organisationen durch praktisches Handeln anerkennen. Der gewerkschaftliche Erfolg erfordert zu jeder Zeit gewerkschaftliches Handeln, und zwar auf dem Gebiete der Produktion wie des Konsums und nicht nur von der Gesamtheit, sondern auch von jedem als Einzelmensch.

An die Kolleginnen!

„Ich möchte ja gern eintreteten in den Verband, allein ich verdiene zu wenig, bei 7 bis 8 ℳ Wochenverdienst kann ich keine 40 oder 50 ₰ Beiträge bezahlen". Diese Antwort bekam ich oft zu hören, wenn ich hauptsächlich die weiblichen Kollegen in den Betriebsbesprechungen usw. aufforderte, dem Verbande beizutreten. Sie sind keine Gegner des Verbandes, erkennen auch offen an, daß der Verband viel Gutes schafft, sie möchte auch gern beitreten, weil sie sich dadurch eine Verbesserung ihrer Lage versprechen, allein sie haben die 40 oder 50 ₰ pro Woche nicht übrig. Wem ist hieraus ein Vorwurf zu machen, dem Verband oder dem Fabrikanten? Dem Verband doch sicher nicht, der gern helfen möchte; einzig und allein Schuld an der schlechten Bezahlung trägt der Fabrikant. Und hat letzterer nicht das größte Interesse daran, wenn sich seine Arbeiterinnen mit diesem Hungerlohn abspeisen lassen und zufrieden sind? Ob die Arbeiterinnen mit diesem Lohn auskommen können, kümmert ihn nichts. Hauptsache ist, daß sein Profit nicht geschmälert wird. Was kümmerts ihn auch, ob seine Arbeiterinnen abends vielleicht noch auf die Straße gehen müssen, damit sie nicht Hunger leiden. Vielleicht ist es noch ein guter Christ, der nicht an die Bibelworte denkt: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert." Furchtbar groß ist die Verantwortung, die der Fabrikant in sittlicher und moralischer Beziehung in dieser Hinsicht auf sich ladet! Denkt er daran? Wohl kaum. Die Geldkrage verknöchert sein Gewissen.

Wie oft sieht man den Kolleginnen in den Versammlungen gegenüber mit dem festen Vorsatz, ihnen Hilfe bringen zu wollen, sofern sie sich nur dem Verband anschließen möchten. Allein wie oft scheitern alle unsere Bemühungen! Und hauptsächlich trifft dies bei den Kolleginnen der Zigarettenbranche zu. Und doch wäre diesen Kolleginnen auch zu helfen, sofern dieselben nur einmal ernsthaft über ihre Lebenslage nachdenken möchten. Schuld trägt ja auch zweifelsohne die große Jugendlichkeit dieser Kolleginnen, welche sich wohl für alles andere interessieren, nur nicht für die Organisation. Wir haben es ja erleben müssen, daß von einem Betrieb, in dem über 300 Arbeiterinnen beschäftigt sind, nur ganze sieben in der Betriebsbesprechung erschienen und auch diese nur mit Angst und Zagen. Sobald in einem Betrieb bekannt wird, daß die Arbeiterinnen zu einer Betriebsbesprechung eingeladen sind, so bieten die Vorgesetzten alles auf, um dies zu hintertreiben; auch an Einschüchterungsversuchen läßt man es nicht fehlen, damit niemand die Besprechung besucht. Selbst auf die Straße stellt man Aufpasser und schickt sogar Vorgesetzte in das Lokal, wo die Besprechung stattfinden soll. Man fürchtet eben, daß hier Mißstände aus dem Betriebe zur Sprache kommen könnten und die Kolleginnen, wenn sie erst einmal über ihre traurige Lage aufgeklärt werden, dann bessere Bezahlung und Behandlung verlangen könnten.

Wie oft hört man auch von den Kolleginnen sagen: „Was nützt es uns, wenn wir Einzelne, die wir hier sind, in den Verband eintreten und die andere große Mehrzahl nicht! Wir allein können auch nichts ausrichten!" Kolleginnen, auf einen Hieb fällt kein Baum! Ihr aber müßt dann Sorge tragen, daß ihr eure Mitarbeiterinnen aufklärt und nicht locker laßt, bis auch diese dem Verbande beitreten. Dann, aber nur dann, kann und wird euch der Verband helfen, daß sich eure Lebenslage bessert und ihr ein menschenwürdiges Dasein fristen könnt. Kolleginnen! Sagt doch einmal offen, ob euch der Fabrikant freiwillig etwas zulegt? Und wenn ihr öfter mit Bitten kommt, wird er da nicht ärgerlich und sagt schließlich: Wem es nicht paßt, der kann gehen? Duckt ihr euch da nicht ängstlich unter das alte Joch und laßt alles über euch ergehen? Kolleginnen! Seht ihr nicht selber ein, wie unwürdig die Behandlung ist, die euch zuteil wird? Wollt ihr noch länger Sklaven des Fabrikanten des Kapitalismus sein? Wollt ihr niemals dieses Joch abschütteln und freie, selbstbewußte Menschen werden? Wenn ihr das wollt, dann müßt ihr hinein in den Verband, denn der nur allein kann euch helfen und euch von den schmachvollen Fesseln befreien, die euch drücken. Es gibt kein anderes Mittel, wenn ihr eure traurige Lage verbessern wollt, dann müßt ihr eure Aengstlichkeit und Gleichgültigkeit abschütteln.

Gewiß, es mag ja mancher Kollegin schwer fallen, den Verbandsbeitrag zu zahlen. Aber ist denn dieses Geld weggeworfen? Unterstützt euch nicht der Verband bei Arbeitslosigkeit und Krankheit, zahlt er nicht Streik- und Gemaßregeltenunterstützung? Steht er euch nicht helfend zur Seite?

Darum noch einmal: Hinein in den Verband, wenn es euch besser gehen soll!

Breslau. O. H.

Berichte.

Gau Erfurt. Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und wie kann dieselbe verbessert werden? Ueber dieses Thema wurde in einer Reihe von Versammlungen im Gau Erfurt gesprochen. Versammlungen fanden statt in Altenburg, Gera, Wintersdorf, Pölzig, Creuzburg, Mihla, Wasungen und Salzungen. Die Versammlungen waren, von einigen abgesehen, gut besucht. Redner in allen Versammlungen war Kollege Tiedermann vom Vorstande. In klaren Worten gab Redner eine lebensfrische Schilderung von der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter, die nach der Tabaksteuer von 1909 und nach der inzwischen eingetretenen Verteuerung aller Lebensmittel eine ganz bedeutende Verschlechterung erfahren hat. Da eine vergleichende Lohnstatistik nicht vorhanden ist, bediente sich Redner der Ergebnisse der Berufsgenossenschaften und wies an der Hand der Aufstellung der Jahresdurchschnittsverdienste von 27 Berufsgenossenschaften nach, daß der Jahresdurchschnittsverdienst der Arbeiter aller anderer Berufe um die Hälfte, um das Doppelte, und bei einigen beinahe um das Dreifache höher ist als bei den Tabakarbeitern. Der Jahresdurchschnittsverdienst der Tabakarbeiter betrug 1885 511,88 ℳ, 1908 615,— ℳ, 1909 618,— ℳ und 1911 630,— ℳ. Nach den Aufmachungen der 27 Berufsgenossenschaften sind die Tabakarbeiter die am schlechtest bezahlten Arbeiter. Bei dieser Feststellung erinnerte Redner an die Tatsache aus der Geschichte, nach welcher die Tabakarbeiter zu der Zeit um 1830 bis 1848 zu den Proletariern nicht gerechnet wurden. Damals waren sie gesuchte Arbeiter, und die Fabrikanten hatten ein Interesse daran, die Lohn- und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß ihnen die Arbeiter nicht davonliefen. Heute, nachdem der Kapitalismus alles erschlossen und seine „Kultur" in alle Teile des Landes getragen hat, da sei das umgekehrte Verhältnis eingetreten; der bestbezahlte Tabakarbeiter von damals sei jetzt der schlechtestbezahlte von heute. Auf Grund der Feststellungen der Berufsgenossenschaften konnte ferner der Nachweis geführt werden, wie es die andere Arbeiterschaft verstanden hat, die die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation früh erkannte, wie sie mit Hilfe der Organisation ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern bemüht und bestrebt waren. Und die Gewerkschaften haben ihre Aufgaben bis jetzt glänzend erfüllt, ja die organisierte Arbeiterschaft hat ihren sozialen Aufstieg nur dieser Tätigkeit zu verdanken. Soweit die Tabakarbeiter bei diesen Bestrebungen in Betracht kommen, da konnte auch hier darauf hingewiesen werden, daß der Tabakarbeiterverband mit Fleiß und Ausdauer dafür arbeite, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Tabakarbeiter herbeizuführen. Hierbei konnte in mehreren Fällen der Nachweis erbracht werden, daß dort, wo die Tabakarbeiter, gestützt auf den Verband, Lohnforderungen eingereicht haben, ihre Wünsche berücksichtigt worden sind, während die Tabakarbeiter an Orten, wo sie nicht organisiert sind, nichts erhalten haben. Dieses ist vorgekommen bei Arbeitern, die bei ein- und derselben Firma in Arbeit standen, aber an verschiedenen Orten beschäftigt werden. So sehen die menschenfreundlichen Fabrikanten aus, die Riesengewinne einstecken und die Arbeiter mit Spottlöhnen abfinden. Viele reiche Fabrikanten tun sich auf der einen Seite mit Wohltun dicke und auf der Seite ihrer Arbeiter sind sie die gewissenlosesten Ausbeuter, die jede Regung der Arbeiter zu unterdrücken suchen und mit der Strafe des Hungers verfolgen. Mit einer Aufforderung zum Anschluß an den Verband wurden alle Versammlungen geschlossen. In allen Versammlungen wurde sofort die Werbetätigkeit organisiert und in Angriff genommen. Obgleich über das Thema in Versammlungen wiederholt gesprochen worden ist und der Tabak-Arbeiter allwöchentlich ständig und fortlaufend Beiträge dazu liefert, so haben auch diese Versammlungen den bündigen Beweis geliefert, daß in punkto Aufklärung viel mehr geschehen muß. Da der Tabak-Arbeiter sehr häufig nicht gelesen wird, könnten die Verwaltungen der Zahlstellen durch Hinweise und Anregungen die Agitation wirksam unterstützen. Der Indifferentismus ist groß. Man fühlt den wirtschaftlichen Druck und leidet bei furchtbar langer Arbeitszeit bittere Not. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen alles so geduldig hin und halten die trübseligen Verhältnisse für unabänderlich. Zu der großen Ausbeutung gesellt sich noch die menschenunwürdige Behandlung, welche die Meister und nicht selten auch die Fabrikanten selbst ausüben. Durch diese Verhältnisse sind die Arbeiter niedergedrückt und machen viele von ihnen den Eindruck, als wenn sie alles preisgeben, als wenn sie jeden Glauben an die Menschheit, an die Gerechtigkeit derselben verloren hätten. Das Gefühl des Unterdrücktseins, der Rechtlosigkeit, kommt bei vielen zum Ausdruck, die Energie und die Freude am Leben ist diesen Menschen völlig geraubt. Stupid, scheu und in sich gekehrt schleichen diese unzureichend ernährten Gestalten dahin. Früher, so sagte man dem Schreiber dieses, da wurde der Thüringer Wald von Erholungsbedürftigen aufgesucht, heute ist der Thüringer Wald, da wo die Tabakindustrie zuhause ist, verseucht von der Lungenschwindsucht; heute müssen die Arbeiter dieser Gegend die fernen Heilstätten aufsuchen. Jammervolle Löhne für komplizierte Fassons, bei schlechtem Material, überlanger Arbeitszeit, schlechte Ernährung, Siechtum und früher Tod, Fluch statt Wohltat ist es, was der Kapitalismus hierher getragen hat. Infolge der Unterdrückung ist bei einem Teile der Arbeiter die Furcht vor der Arbeitslosigkeit groß und da paart sich Dummheit und Raffiniertheit zum Schaden der Arbeiter. In einem Orte an der Werra in Thüringen glauben die Arbeiter etwas besonderes für sich getan zu haben, indem sie sich damit brüsten, der Fabrikant N. N. tritt uns nicht weg, den haben wir zehn Jahre in der Tasche". Man hatte hier einen Vertrag mit dem Fabrikanten abgeschlossen, daß er zehn Jahre am Orte arbeiten lassen muß. Daß diese Arbeiter sich zehn lange Jahre an den Fabrikanten verkauft haben und dem Fabrikant das Ausbeutungsrecht an ihnen vertraglich übertragen haben, das sahen diese Leute nicht ein. Das sind aber Arbeiter, wie sie von dem Unternehmertum noch gesucht werden, dabei läßt sich noch verdienen. Gegenüber solchem Indifferentismus muß mit allem Nachdruck gekämpft werden. Hoffentlich tragen die stattgefundenen Versammlungen und diese Zeilen dazu bei, daß auch bei diesen Arbeitern die Einsicht Einkehr hält, daß sie sich dem Verband anschließen.

Cottbus. Tabakarbeiterentlassungen. Nachdem Herr Paul Metag einen Greis im 69. Lebensjahre hinausgeworfen hatte, folgte Herr Wilhelm Michal in verständnisvoller Weise. Aber er entließ keine Unorganisierten, sondern Mitglieder unseres Verbandes, darunter einen Witwer, Vater von vier unmündigen Kindern. Aber Herr Gustav Riehl setzte dem ganzen die Krone auf. Er kündigte seinen Leuten zum 30. November. Weil nur Organisierte bei ihm beschäftigt sind, konnte er keine Unorganisierte behalten. Was diese Leute nun kurz vor Weihnachten anfangen sollen, darum scheint sich niemand zu kümmern. Im Frühling werden die Arbeiter eingestellt, im Herbst wieder entlassen. Macht nun, was ihr wollt! denken gewisse Unternehmer. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen! Wo ist da die so viel gepriesene Friedensliebe der Unternehmer, wenn man in dieser Weise mit den Arbeitern verfährt? Aber die ganze Sache ist die: Die hiesigen Fabrikanten wollen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zertrümmern. Jedes Mittel dazu ist ihnen recht. Sie beschneiden den Arbeitern das Koalitionsrecht, gehören aber selber dem Verband der Tabakindustriellen an. Doppelte Moral, die bei den Unternehmern weiter nicht übel riecht. Wenn aber die Cottbuser Fabrikanten nicht mehr Achtung vor den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter beweisen, so ist es Pflicht der Kollegen, derartige Unternehmer in allen Arbeiterkreisen zu kennzeichnen. Mögen aber auch die ledigen Kollegen etwas in sich gehen und ihre Plätze freimachen für unglückliche Familienväter! Ich aber werde mit doppeltem Eifer fortfahren, ein dertartiges Unternehmertum in der lokalen Presse in das rechte Licht zu stellen; trotz aller Drohungen gegen mich. Hübner.

Mihla. Die schon längere Zeit angekündigte Tabakarbeiterversammlung fand am 23. November statt. Wie das in Mihla vorläufig nicht anders zu erwarten, war der Besuch nur mäßig. Kollege Tiedermann-Bremen verstand es in ausgezeichneter Weise mit seinem Vortrage: „Die Lage der Tabakarbeiter und ihre Verbesserung", die Versammlung zu fesseln. Nach 1½stündigem Vortrag setzte eine lebhafte Diskussion ein, an der sich die Kollegen Wiesen-Erfurt, Fehr, Schrumpf, Bauernfeld, H. Mater u. a. beteiligten. Alle sprachen sich für die Notwendigkeit der Organisation am Platze aus, insbesondere verdienen folgende Aeußerungen des Kollegen Mater hervorgehoben zu werden: Ein dummer Streich sei es, daß wir uns bisher der Organisation ferngehalten haben und damit uns und die gesamte Tabakarbeiterschaft schädigten. Ich hoffe, daß wir in kürzester Zeit das Versäumte nachholen und durch Beitritt zum Verbande mitkämpfen, um endlich zum Sieg zu kommen. Diese Worte blieben nicht ohne Erfolg, und so ist denn endlich ein Anfang, wenn auch zunächst nur klein, gemacht worden. Oft genug ist das anscheinend unfruchtbar erscheinende Feld von unermüdlichen Kollegen beackert worden. Aber noch viel Arbeit ist in Mihla zu tun; hier mögen die Neugewonnenen mit Hand ans Werk legen und helfen, die Organisation auszubauen, damit sie groß und stark und ein Machtfaktor werde, durch den wir die ungeheure Ausbeutung und ihre schlimmen Folgen einschränken können. Das ist unser Wunsch und Ziel.

Schöneck. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma Gebrüder Koch. Traurig aber wahr! So muß jeder sagen, der einen Einblick in die Arbeitsverhältnisse dieser Firma hat. Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden täglich; sogar Sonnabends ist es den Sortierern vergönnt, bis abends sieben Uhr zu arbeiten, damit sie den horrenden Lohn von 15 bis 16 ℳ pro Woche erzielen können. Die Lohnsätze sind folgendermaßen: 30 bis 55 ₰ für vier Farben vorsortieren und graues Spiegeln, für Reinsortieren besteht ein Lohn von 70 bis 80 in 1/10, 90 bis 100 ₰ in 1/20, für 1/40 je 10 ₰ mehr. Die Sorten, für welche 1,30 ℳ gezahlt wird, werden in Kästen (Spiegelpressung) gepreßt. Bei allen angeführten Löhnen sind sämtliche Nebenarbeiten inbegriffen; z. B. Kistenbesorgen, Einpressen, Nachdrehen, sowie beim Fertigmachen die Pressenaussetzen. Unglaublich, aber wahr ist, daß die Sortierer bei verschiedenen Sorten ihre Kisten aus der sich im Erdgeschoß befindlichen Kistenmacherei bis in die 3. Etage besorgen müssen. Oben angelangt, müssen sie erst einen Lehrling auftrommeln und dutzendmal bitten, daß er die Kisten aussetzt; da für solche Arbeiten 10 ₰ pro Stunde den Kistenmachern gezahlt wird, ist es sehr leicht begreiflich, daß dieselben sich am liebsten davon drücken. Es ist doch selbstverständlich, daß bei Akkordarbeit dem Arbeiter das Material in die Nähe seines Arbeitsplatzes gebracht wird. Wenn es nach Herrn Koch geht, muß man es sich wohl aus ganz Schöneck zusammenholen. An der Tagesordnung ist nun, daß die Sortierer 2—3 fertige Posten am Platz haben, zu welchem Kisten fehlen. Acht Lehrlinge, teils unter 16 Jahren (unsere Kistenmacher), für 17 Sortierer, können jetzt vor Weihnachten den Kistenbedarf nicht schaffen, trotzdem sie noch zu Hause halbe Nächte (!) arbeiten. Bemerken möchten wir noch, daß die Lehrlinge in Akkordlohn stehen. Die Löhne für Kistenmacher sind sehr, sehr traurig. Das schönste ist nun, die Firma stellt wohl Sortierer ein, aber Material, wie z. B. Bündelbock, Aufbrecher und alle dazu gehörigen Utensilien, muß der Sortierer selbst haben, von der Firma solches zu erhalten, war bis dato ausgeschlossen. Was zum Lachen ist, die Firma betreibt noch nebenbei einen Kleiahandel mit weißen Schürzen, jeder Sortierer muß selbige tragen, hat er keine, so bekommt er von der Firma aus dem Kontor eine geliefert, bei der Auszahlung seines horrenden Lohnes wird ihm dafür 1,30 ℳ abgezogen. In hygienischer Beziehung lassen bei der Firma die Verhältnisse viel zu wünschen übrig, z. B. wird während der Arbeitszeit von den Lehrlingen ohne jede Extravergütung in allen Räumen gesäubert, was ziemlich viel Staub verursacht. In sämtlichen Räumen wird, sofern die Arbeiter aus dem Betriebe sind, Einlage ausgebreitet; ja sogar in den Eßräumen. Jeder Leser kann sich nun ein lebhaftes Bild entwerfen, wie manche Fabrikanten mit ihren Arbeitern umspringen. Tabakarbeiter von Schöneck! Wir richten an euch den Appell, schließt euch der Organisation an, denn nur dadurch ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Alsfeld (Bezirk Gießen). Eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung fand hier am 19. November statt, die im Verhältnis zu den hier beschäftigten Tabakarbeitern einigermaßen gut besucht war. Als erster Redner referierte der Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes, Fr. Schnell-Frankfurt, über: Teuerung und Tabakarbeiterlöhne. In geschickter, für alle Anwesenden leicht verständlicher Weise entledigte sich Redner seiner Aufgabe. Er zeigte ihnen, wie gerade in den letzten Jahren alles das, was zum Leben notwendig ist, gewaltig im Preise gesteigert wurde, was man von den Arbeitslöhnen nicht sagen dürfe, besonders aber nicht von den Tabakarbeiterlöhnen. Hätten in früheren Jahrzehnten die Tabakarbeiter zu den bestentlohntesten Arbeiter gehört, so sei es heute umgekehrt. Der Durchschnittslohn der Tabakarbeiter stehe nach der Statistik mit an letzter Stelle. Aber nicht durch fortgesetztes Klagen, sondern nur durch die Macht der Organisation können diese elenden Verhältnisse gebessert werden. Sich der Organisation, dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anzuschließen, sei deshalb die dringende Pflicht jedes Tabakarbeiters und jeder Tabakarbeiterin. Hierauf behandelte Bezirksleiter H. Riegel-Gießen neben der Entwicklung des Kapitalismus die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen im allgemeinen, wie des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes im besonderen. Heute könnten wir mit nicht geringem Stolz auf annähernd 2½ Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen blicken, die bereit sind, alles dranzusetzen, um der Arbeiterschaft ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Auch der Deutsche Tabakarbeiter-Verband nehme daran regen Anteil. Annähernd 40 000 Mitglieder haben sich bereits um seine Fahne geschart. Aus kleinen Anfängen heraus seien alle Organisationen groß und stark geworden. Deshalb dürfe man auch in Alsfeld (wo die Lohnverhältnisse noch sehr schlecht sind) vor dem Anfang nicht zurückschrecken. Das hätten unsere Vorkämpfer, die Pioniere der Arbeiterbewegung, auch nicht getan. Indem wir uns an ihnen ein

Beispiel nehmen, müsse für alle, besonders auch für die Alsfelder Tabakarbeiter, die Losung lauten: Hinein in den Deutschen Tabakarbeiter-Verband als eurer wirksamsten Interessenvertretung. Der Beifall, der den beiden Rednern gezollt wurde, zeigte, daß auch hier der Organisationsgedanke Wurzel geschlagen hat. Nachdem erläuterte Gauleiter Schnell noch die einzelnen Punkte des Verbandsstatuts, worauf alsdann sämtliche Anwesenden (mit einer Ausnahme) ihren Beitritt zum Deutschen Tabakarbeiter-Verband erklärten und auch zugleich die Gründung einer Zahlstelle des Verbandes vorgenommen werden konnte. Als 1. Bevollmächtigter wurde der Kollege W. Pauck, als 2. E. Joh. Schopbach und als 3. Ludw. von Kaitz gewählt. Damit wäre also auch unter den Alsfelder Tabakarbeitern der Anfang zu weiteren Fortschritten gemacht. Hoffen wir, daß diese junge Pflanze sich in Bälde zu einem stattlichen Baum entwickeln wird. An den Mitgliedern wird es nun liegen, treu zur Fahne zu halten und dafür zu sorgen, daß auch die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen dem Tabakarbeiterverbande zugeführt werden. Vorwärts, nicht rückwärts muß der Blick gerichtet sein. — Vor Schluß der Versammlung wurde sodann noch mit den anwesenden Mitgliedern anderer Gewerkschaften die Notwendigkeit der Gründung eines Gewerkschaftskartells besprochen. Zu diesem Zweck soll in Bälde eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattfinden, in welcher Bezirksleiter Riegel das Referat übernehmen wird. Der Termin dieser Versammlung soll noch näher durch Handzettel bekannt gemacht werden.

Posen. Am 30. November tagte seit der Verschmelzung beider Verbände zum erstenmal unsere gemeinsame Versammlung. Leider war der Besuch wie gewöhnlich trotz der interessanten und wichtigen Tagesordnung ein schwacher. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege A. Okowiak, referierte in längeren Ausführungen über das Konsumvereinswesen und erklärte den Anwesenden Nutzen und Vorteile, wenn sie sich dem hiesigen Konsumverein anschließen würden. Mit guter, reeller Ware, richtigem Gewicht, werden die Mitglieder zu dem möglichst billigen Preise bedient. Außerdem erhält ein jedes Mitglied am Schlusse eines jeden Jahres ein dem Einkauf entsprechendes Guthaben ausgezahlt. Ferner forderte der Vorsitzende die anwesenden Mitglieder auf, treu und fest zur Fahne zu halten und nicht zu erlahmen, und ermahnt sie zur gemeinsamen Arbeit für den Verband. Agitieren und Organisieren müsse nicht nur die Pflicht der Bevollmächtigten, sondern eines jeden Mitgliedes sein. Möge auch der Boden für die Tabakarbeiter in Posen hart und steinig sein, mit der Zeit wird es auch durch gemeinsames Arbeiten doch gelingen, denselben fruchtbar zu machen. Der Kollege Heuer erstattete den Kartellbericht, welcher auch für uns von großem Interesse war. Dann wurde noch vom 2. Bevollmächtigten die Abrechnung vom 3. Quartal verlesen, die für richtig befunden wurde.

Eingegangene Literatur.

Kauft gute Bücher! Unter dieser Mahnung versendet in diesen Tagen der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands seine Jugendschriftenverzeichnisse. Zur Ergänzung des großen Verzeichnisses des vorigen Jahres, das auch in diesem Jahre wieder mit verschickt wird, hat der Bildungsausschuß ein Nachtragsverzeichnis herausgegeben, das 321 neu geprüfte und neu in das Gesamtverzeichnis aufgenommene Jugendschriften enthält. Das Gesamtverzeichnis hat damit einen Umfang von 1027 Nummern erreicht. Unter den neu aufgenommenen Schriften befinden sich auch die meisten Hefte der Sammlung „Wiesbadener Volksbücher".

Der eigentlichen Jugendschriftenpropaganda dieses Jahres gilt eine kurze Auswahl besonders wertvoller und besonders billiger Jugendbücher aus dem Gesamtverzeichnisse des Bildungsausschusses. Das große Verzeichnis ist zu umfangreich geworden, als daß es sich für die Hand der Eltern, Erzieher und älterer Freunde zum Aussuchen eines passenden Geschenkbuches für die Kinder eignete. Das kleine Verzeichnis erleichtert dieses Aussuchen, weil es alle Bücher ausschneidet, die sich durch zu hohen Preis oder aus anderen Gründen nicht in erster Linie für Arbeiterfamilien eignen.

Die Jugendschriftenverzeichnisse versendet der Bildungsausschuß (Heinr. Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) gern an alle Interessenten.

Um Platz zu schaffen

wollen wir die vorhandenen Restbestände in **versteuerten Tabaken** und **Formen** aus den Konkursmassen von

Hils & Oberländer, Breslau :-: Franz Spielhagen, Brandenburg a. H.

sowie aus der Liquidation von A. Collenbusch, Dresden, schnellstens zu sehr billigen Preisen verkaufen.

Unser Lager besteht zurzeit aus

ca. 25000 gebrauchten Formen, nur moderne Fassons

Formenpressen Bündelböcken Arbeitstischen

Wir bitten um Lagerbesuch eventuell um Einforderung von Modellbogen und Utensilien-Verzeichnis.

L. Cohn & Co., Berlin N

Deutschlands grösstes Wickelformenlager **Brunnenstrasse 24**

Rohtabak.

Haben Sie bereits

die neueste Preisliste von **Robert Oehler, Berlin SO. 26, Cottbuserstr. 2,** erhalten! Lassen Sie sich dieselbe unverzüglich gratis und franko zusenden, denn

wirklich Hervorragendes

bietet in jeder Beziehung diese Firma. Man muss es, um zu glauben,

gesehen

und sich durch einen Versuch überzeugt haben

stecken die Früchte der riesig vergrößerten Produktion ein. Jede Lohnsteigerung nimmt man dem Arbeiter durch Warenpreissteigerung wieder ab."

Wieder ein „politischer" Arbeiterturnverein. Von dem Düsseldorfer Landgericht wurde in der Berufungsklage des Arbeiterturnvereins gegen eine Verfügung des Amtsgerichts der genannte Turnverein auf Grund des § 3 des „liberalen" Reichsvereinsgesetzes für politisch erklärt. Interessant ist die Begründung, die das Gericht für seinen famosen Urteilsspruch gegeben hat. So wurde der Verein unter anderem für politisch erklärt, weil Sozialdemokraten Mitglieder des Vereins sind, weil die Veröffentlichung der Turnvereinsleitung in der „Düsseldorfer Volkszeitung" erfolgen und weil der Verein bei Festen der freien Gewerkschaften und des sozialdemokratischen Vereins mitwirke! Von welchem Geiste die Richter bei der Fällung des Urteilsspruchs beseelt waren, erhellt aus einer Bemerkung, die sich der Vorsitzende bei der Verhandlung leistete. Als ein Zeuge erklärte, daß von den 30 Mitgliedern des Vereins nur fünf auch beim sozialdemokratischen Verein eingeschrieben seien, da meinte der Vorsitzende: „Die übrigen 25 wollen Sie doch aber noch zu Sozialdemokraten machen!" — Der Neußer Turnverein wird sich bei dem Urteil nicht beruhigen.

Eine neue Art der „Materialiensammlung" für ein Zuchthausgesetz. Der Leipziger Polizei gebührt die Ehre, eine neue Methode entdeckt zu haben, „Material" für eine Zuchthausvorlage zu sammeln. Der gegenwärtige Streik der Leipziger Buchhandlungsmarkthelfer gab ihr die erwünschte Gelegenheit, diese neue Methode auszuprobieren. Sie begnügt sich nämlich nicht mehr damit, nach altem Rezept die Streikposten wegzuweisen, ihnen Flugblätter wegzunehmen usw., sie liefert jetzt vielmehr den aussperrungskollerigen Unternehmern amtliche Arbeitswillige, Polizisten in Arbeitskluft, die die ausfahrenden Streikbrecher auf den Geschirren begleiten. Die also zum Streikbruch abkommandierten Polizisten unterscheiden sich in ihrem äußeren Auftreten in keiner Weise von den Arbeitswilligen, sitzen auf dem Wagen, legen mit Hand an und sind — sofort zur Stelle, sobald es jemand wagt, ein nützliches Element auch nur scheel anzusehen. So rief vor einigen Tagen der Kutscher eines Speditionsgeschäftes einem vorüberfahrenden Streikbrechertrupp einige Worte zu. Sofort sprang einer aus dem Trupp der Streikbrecher vom Wagen, eilte auf den Kutscher zu, zog aus einer Tasche eine Marke und legitimierte sich als — Kriminalbeamter. Da hätte dann also die Staatsanwaltschaft für ihren Prozeß einen „amtlichen" Zeugen, der sich für diese staatsretterische Tätigkeit in einen Streikbreechr verwandeln mußte. Eine erhabende Tätigkeit. Und zwar geschieht diese echte Polizistentätigkeit im vollen Einverständnis mit dem Leipziger Polizeiamt. Denn auf eine Beschwerde des Transportarbeiterverbandes antwortet das Polizeiamt, daß diese Art polizeilicher Betätigung notwendig sei.

Die Scharfmacher werden an diesem Vorgehen der Leipziger Polizei natürlich ihre helle Freude haben. Bekanntlich kommen in deutschen Landen drei Eide eines Zivilisten nicht gegen einen einzigen Polizisteneid auf. In den Parlamenten aber wird man dann auf das „einwandfreie Material" der „amtlichen Arbeitswilligen" hinweisen.

Das Versicherungsgesetz für Angestellte tritt am 1. Januar 1913 voll in Kraft. Eine Anzahl Bestimmungen sind schon in Kraft getreten, es stand auch fest, daß das ganze Gesetz vom kommenden Jahre ab wirksam sein soll. Jetzt aber hat der „Reichsanzeiger" amtlich die Mitteilung von der Inkraftsetzung mit dem 1. Januar 1913 gebracht.

Die Fleischpreise steigen! Ende September veröffentlichte die „Nordd. Allgem. Ztg." die Teuerungsmaßnahmen der Regierung. Mehr als 1½ Monate sind inzwischen verflossen und wohl alle Städte, die für jene Vergünstigungen in Betracht kommen, sind zum Bezug ausländischen Fleisches übergegangen. Noch mehr, viele Städte, denen die Regierung die Einfuhrerlaubnis und Zollermäßigung verweigert hat, haben dennoch die Fleischversorgung in die Hand zu nehmen begonnen. Und die Wirkung dieser Maßnahmen? Während in der zweiten Hälfte des Oktober allgemein die Fleischpreise (mit Ausnahme von Schweinfleisch und -Speck) etwas gefallen sind, sind sie in der ersten Hälfte des November zu einem Teil wieder gestiegen. Nach den Ausweisen der amtlichen Preisberichte der Statistischen Korrespondenz zahlte man (pro Kilo in Pfennigen):

	II. Hälfte Oktober	I. Hälfte November	mehr
Kalbfleisch (Schulter, Blatt)	190	191,8	1,8
Schweinefleisch „ „	188,7	189,9	1,2
Rückenfett (vom Schwein)	188,2	188,4	0,2
Schweineschinken . . .	385,4	385,6	0,2
Schweinespeck	212,0	212,5	0,5

Die Preissteigerungen sind zwar gering. Aber dabei ist zu berücksichtigen, daß sie den Durchschnitt für 50 Orte angeben. In einzelnen Städten ist also die Steigerung ganz bedeutend gewesen. Es kommt hinzu, daß die 50 Orte die größten Städte Preußens umfassen. Gerade den Großstädten waren die Regierungsmaßnahmen vorbehalten, dennoch sind wiederum Preiserhöhungen eingetreten. Das weitere Steigen von Schweinefleisch und Schweinespeck zeigt deutlich, daß die breiten Massen heute noch ebenso unter der außergewöhnlichen Teuerung leiden, wie in den Sommermonaten. Gegen den November des Vorjahres stehen Rind-, Kalb- und Hammelfleisch ebenfalls noch immer um 18 bis 20 ₰ höher und für Schweinefleisch zahlt man heute 40 ₰ pro Kilo mehr als im vergangenen November. Diese Situation ist unerträglich. Die Maßregeln der Regierung haben sich als völlig ungenügend herausgestellt.

Amerika und das deutsche Petroleummonopol. Die Regierung läßt offiziös durch das Wolffsche Telegraphenbureau verkünden, daß nach einer Meldung aus Washington Beamte des Staatsdepartements erklärt haben sollen, die Vereinigten Staaten beabsichtigen keineswegs einen Zollkrieg oder andere Maßregeln gegen Deutschland, um die Gesetzvorlage über das Petroleummonopol zu hindern. Auch die „Neuyorker Staatszeitung" meldet aus Washington eine Erklärung des stellvertretenden Staatssekretär H. Wilson, daß diplomatische Verhandlungen in der Frage der deutschen Petroleumvorlage nicht zu erwarten seien.

Verweigerte Lohnzulage als politische Erziehung. In der Brauerei des Reichsrats Freiherrn v. Cramer-Klett in Hohenaschau hatten in letzter Zeit einige Brauereiarbeiter Lohnerhöhungen erhalten. Um zu erfahren, ob es nicht ein Versehen sei, daß nur einzelne der Arbeiter von der Lohnerhöhung ausgeschlossen blieben, wandte sich der Bezirksleiter der Brauereiarbeiter höflich um Auskunft an den Herrn Reichsrat. Statt seiner antwortete der Verwalter:

„Unter Bezugnahme auf Ihr an Herrn Reichsrat Freiherrn v. Cramer-Klett hier gerichtetes Schreiben vom 15. d. M., beehren wir uns in dessen Auftrag zu erwidern, daß Herr Reichsrat es ablehnt, mit Ihrem Verbande in Unterhandlung einzutreten. Unsere Ihrem Verbande angeschlossenen Brauereiarbeiter haben sich durch ihr agitatorisches Vorgehen bei den letzten Wahlen in direkten Widerspruch mit den Interessen ihres Arbeitgebers gesetzt, weshalb sich Herr Baron nicht veranlaßt sieht, ihnen noch ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen!"

Fünfzig Jahre Berliner Buchdruckerorganisation. Fünfundzwanzigjährige Jubiläen konnten verschiedene Zentralverbände in den letzten Jahren feiern, doch auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken zu können, blieb als ein gewerkschaftliches Vorrecht den Berliner Buchdruckern vorbehalten. Am 2. Dezember 1862 kamen 53 Gehilfen des Buchdruckgewerbes zusammen, um einen Verein in Berlin zu gründen. Den Anlaß dazu gab ein Inserat der „Berliner Volkszeitung", in dem Eltern aufgefordert wurden, ihre Söhne Buchdrucker lernen zu lassen, da in diesem Gewerbe ein Mangel an Lehrlingen vorhanden sei. Aus diesem ersten Versuch heraus, zur Wahrung der gewerblichen Interessen sich organisatorisch zusammenzuschließen, erwuchs der gewerkschaftliche Organisationsgedanke unter den Berliner Buchdruckern, der in Wilhelm Liebknecht einen warmen Befürworter fand.

Zur würdigen Begehung dieses Jubiläums hatte der Berliner Verein zum Bußtag eine imposante Feier veranstaltet. Um den Wünschen der etwa 11 000 Mitglieder, an dieser Jubiläumsfeier teilnehmen zu können, auch nur annähernd Rechnung zu tragen, hatte der Vorstand den Zirkus Schumann als Festlokal gemietet, der, bis auf den letzten Platz (einschließlich der mit Stühlen bestellten Arena) besetzt, doch nur rund 4500 Personen Platz bieten konnte.

In dankbarer Erinnerung der Verdienste Wilhelm Liebknechts um die Berliner Buchdrucker, denen er bis zu seiner letzten Lebenszeit ein guter Freund war, hatte der Vorstand in früher Morgenstunde seine Grabstätte geschmückt.

Aus dem mit regem künstlerischem Fleiß zusammengestellten Jubiläumsprogramm heben wir besonders hervor, daß neben einem wohlgelungenen Instrumental- und Vokalkonzert, an dem eine Künstlerkapelle und die „Typographia" mitwirkte, eigene Festdichtungen zum Vortrag kamen. Preczang hatte den Prolog gedichtet und ein besonderes Festspiel hatte ebenfalls einen Kollegen zum Verfasser.

Vertreter aus vielen Gauen des Buchdruckerverbandes waren neben einigen Ehrengästen der Arbeiterorganisationen, der Generalkommission und des Parteivorstandes anwesend. Zu einem besonderen Ehrentage gestaltete sich die Feier für drei anwesende Jubilare, die vor 50 Jahren den Verein mitgründen halfen.

Nach einer kurzen, weihevollen Ansprache durch den Vorsitzenden Albrecht hielt Massini eine temperamentvolle Festrede, die in die Betonung der Einigkeit der Buchdrucker mit der gesamten Arbeiterschaft ausklang. Der Verbandsvorsitzende Döblin überbrachte in einer längeren Ansprache die Glückwünsche des Zentralvorstandes, während der Vorsitzende der Generalkommission, Carl Legien, besonders hervorhob, wie die Buchdrucker als Pioniere der deutschen Gewerkschaftsbewegung ihr den Weg gebahnt und welche Verdienste sie sich um die allgemeine Arbeiterbewegung erworben haben. Und so klang die hehre Feier in dem von tausendstimmigem Beifall begleitetem Gelöbnis aus, dem Massini in seiner Festrede Ausdruck verlieh: daß, wie die Buchdrucker in ihrem Gewerbe zur Erhaltung des sozialen Friedens bemüht seien, sie auch als politische Mitglieder innerhalb der politischen Partei für den Völkerfrieden eintreten werden, daß sie aber auch allen etwaigen Kämpfen in Einigkeit gerüstet und gewappnet gegenüberstehen werden!

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephon Nr. 6046.

Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postscheckkonto Nr. 5349 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Riedorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

An die Bevollmächtigten!

Wie uns bekannt geworden ist, gibt es immer noch eine Anzahl Zahlstellen, die beim Eintritt neuer Mitglieder in den Verband die Bekanntmachung des Vorstandes bezügl. Zuweisung der Beitragsklassen an Eintretende entsprechend des durchschnittlichen Wochenverdienstes unbeachtet lassen. Wir wiederholen diese daher. Sie lautet:

„Neueintretende Mitglieder mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst bis 12 ℳ sind der 1. Beitragsklasse, mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 12 bis 18 ℳ sind der 2. Beitragsklasse, mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 18 bis 24 ℳ sind der 3. Beitragsklasse und mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von über 24 ℳ sind der 4. bis 6. Beitragsklasse zuzuweisen."

Im übrigen ist allen dem Verbande angehörenden Mitgliedern dringend zu raten, ihre Mitgliedschaft im Verbande nach vorstehendem Verdienststaffelungen einzurichten. Diese Reorganisation ist angesichts der geschaffenen klassifizierten Unterstützungssätze bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelungen, Arbeitslosigkeit und Krankheit dringend erforderlich. Mit Bestimmtheit kann heute schon gesagt werden, daß der kommende Verbandstag sich mit dieser Anregung befassen und nicht anders handeln kann, als in diesem Sinne seine Beschlüsse zu fassen.

Allen Bevollmächtigten wird es zur Pflicht gemacht, nach vorstehender Bekanntmachung zu handeln.

Bremen. Der Verbandsvorstand. J. A.: **C. Deichmann.**

Bekanntmachungen.

Die **Krankenunterstützung** betreffend hat der Vorstand beschlossen, daß bei solchen Mitgliedern, die arbeitslos sind und sich während der Arbeitslosigkeit krank melden, die Karenzzeit für Auszahlung des Krankengeldes nur dann in Wegfall kommt, wenn die Arbeitslosigkeit vor der Krankheit mindestens eine Woche gedauert hat. Also Mitglieder, die weniger wie eine Woche arbeitslos waren und sich krank melden, erhalten für die ersten drei Tage kein Krankengeld.

Als verloren wurden gemeldet: Von Dresden: Das Mitgliedsbuch S II, Nr. 39 402, lautend auf **Otto Schmidt**, geb. 2. 9. 1892, aufgen. 17. 6. 12. Beitragskl. II. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch einzuziehen und an den Vorstand zu senden.

Von Magdeburg: Das Mitgliedsbuch S. II, Nr. 13 551, lautend auf **Luise Wernstedt**, aufgen. 6. 3. 1910. Im Vorzeigungsfalle ist das Buch einzuziehen und an den Vorstand einzusenden.

Vom Vorstande sind ernannt:

Hohlen: Heinr. Kaiser 1., Herm. Meyer 2., Heinr. Hoppmann 3. Bev.; Wilh. Strubel und August Kaiser, Kontr.
Pasewalk: Herm. Gottschalk 3. Bev.

Adressenänderungen.

Vollendar. Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an Anton Heußer, Rheinstr. 206.
Birnbaum. Der 1. Bev. Herm. Israel wohnt Wiesenweg 6 I.
Hohlen. 1. Bev. Heinrich Kaiser, Hohlen Nr. 6; 2. Bev. Herm. Meyer, Hohlen Nr. 235.
Pasewalk. Der 2. Bev. R. Böttcher wohnt Kl. Ziegelstr. 2.

Vom 26. November bis 2. Dezember 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen (V. = Verbandsbeiträge, P. = Protokolle der Generalversammlung, Z. = Zurückgezahlt):

22. November: Frankenberg V. 600,—. Dahme V. 500,—. **23. November:** Dresden V. 1500,—. Schönaich V. 300,—. Naunhof V. 100,—, P. 1,—. **25. November:** Altleikendorf Z. 22,20. Dresden V. 300,—. Friesenheim V. 10,04. Luckau V. 50,—. **26. November:** Altmoyschen V. 35,—. Reilingen V. 150,—. **27. November:** Aschersleben V. 30,—. Blotho V. 300,—. Crefeld V. 71,50. Spremberg V. 20,—. Klein-Aschen V. 30,—. **28. November:** Oldendorf i. Pr. V. 62,75. Spradow V. 100,—. Speyer V. 200,—.

Bremen, den 2 Dezember. **W. Nieder-Welland**, Kassierer

Mitglieder-Versammlungen.

Der Wille vorwärts zu kommen, ist der halbe Sieg!

Sonntag, den 8. Dezember:

Herford: Morg. 10½, Gewerkschaftshaus.
Brake i. L.: Nachm. 1½, bei Heimbecher.

Montag, den 9. Dezember:

Achle: Ab. 8, b. Brünger. T.-O.: Das Hausarbeitsgesetz und die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter (Ref. Gaul. Bahle).

Donnerstag, den 12. Dezember:

Bremen: Ab. 8½, Casino. T.-O.: Berichterstattung der Kommission betr. Anstellung eines Lokalbeamten, Arbeitsnachweis, Antrag betr. Ausschluß eines Mitgliedes, Verschiedenes.

Sonnabend, den 14. Dezember:

Niederbecksen: Ab. 8. b. Henke.

Sonntag, den 15. Dezember:

Bünde: Nachm. 3, b. Ww. Rübel.

Dienstag, den 17. Dezember:

Meuselwitz: T.-O. wird bekannt gegeben.

Gestorben:

Am 17. November zu Gera **Franz Bergmann** aus Debschwitz, 28 Jahre alt.

Am 24. November zu Rawitsch **Theodor Junge**, 64. Jahre alt.

Am 25. November zu Hamburg **Hermann Förster** aus Zinna, 59 Jahre alt.

Am 25. November zu Bünde **Wilhelm Lottmann** aus Bünde.

Am 28. November zu Blotho **Simon Lümenbröker**, 38 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf an Hermann Förster.

Du wackerer Kämpfer für Freiheit und Recht,
Wie kämpftest Du mutig in heißem Gefecht.
Als Jüngling voll Feuer, als Mann voller Kraft:
Der Wahrheit galt es voll Leidenschaft.

Der Feind, der oft Dir den Weg vertrat,
Du hast ihn entwaffnet als treuer Soldat.
Zum Führer geworden, zu führen geneigt,
Hast oft Du so manchem den Weg gezeigt.

Du warst uns Lehrer zugleich und Freund!
Und manche Stunde hat oft uns vereint.
So tapfer, so edel. So weise, so mild.
So wackerer Streiter, so leuchtet Dein Bild.

Wilh. Heine.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 21, Mozartstraße 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22.
Schiedsgericht: G. Feih, Hamburg 39, Schwenkestraße 54 II.

Eingegangen: Gera ℳ 44.—, Reilingen 100.—.
Sterbekasse: Altona ℳ 30.—, Deiben 5.55, Spremberg 11.—, Ratibor 67.65, Leipzig 26.40, Hannover 29.69, Orsoy 10.71.
Zuschüsse: Hildesheim ℳ 50.—, Braunschweig 100.—, Grabow 50.—, Blotho 50.—, Ostersheim 50.—, Goch 50.—, Hess.-Oldendorf 60.—.

Krankengeld ℳ 16.—.

Hamburg, den 2. Dezember 1912. P. Otto.

Grosses Lager neuer und gebrauchter Wickelformen

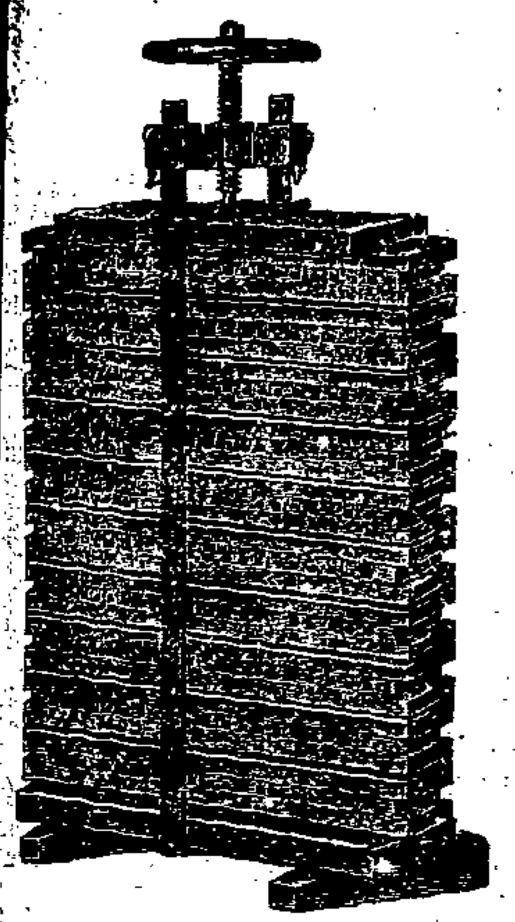
Heinrich Franck

Utensilienpreise sind netto — Verpackung wird nicht berechnet
Nur beste Qualitäten.

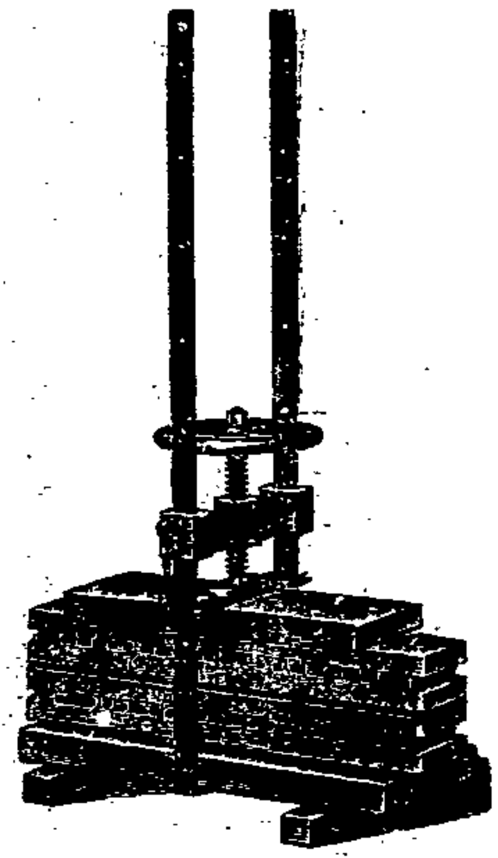
Rohtabake ■ ■ ■ ■ **Berlin N. 54, Brunnenstrasse 22** ■ ■ ■ Gegründet 1879

Neue Erfindung! **Patentpresse No. 6** Gesetzlich geschützt durch D. R. G. M. No. 471890

Für jede Anzahl Formen verstellbar! Zu gleicher Zeit **Formen-, Kisten-, Deckblatt-Presse!** Die ideale Presse für jeden Fabrikanten.



Patentpresse No. 6
für 10 Formen gestellt



Patentpresse No. 6
für 2 Formen gestellt

Keine Beschädigung der leeren Formen mehr, da auch eine einzelne Form gepresst werden kann!

Garantie für Dauerhaftigkeit!

Leichte Handhabung!

Aus bestem Material
Schlosserarbeit

Die Anschaffung macht sich in kurzer Zeit bezahlt

Innenmasse:
Höhe zwischen Fuss und Druckplatte bei voller Füllung 70 cm
Weite zwischen den Seitenträgern 20 cm

Preis der Patentpresse No. 6 **Mk. 16.—** pro Stück netto Kasse

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946
empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 ₰
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 ₰
Java-Decker dunkel 220 ₰, hell 260, 280, 300, 320 ₰
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 ₰
Java-Einlage 95 ₰, mit Umbl. 110, 120, 130 ₰
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 ₰
Brasil-Decker 175, 200, 210 ₰
Brasil-Einlage u. **Umbl.**, leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 ₰
Mexiko-Decker (Andres) 300, 350 400 ₰
Havana 200, 250, 300, 400 ₰
Decker 700 ₰
Yara-Cuba 200, 220 ₰, feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 ₰
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 ₰
Domingo-Umbl. 110, 120, 130 ₰
Domingo-Einlage und **Umblatt** 100 ₰
Rio-Grande-Decker 120, 150 ₰
Einlage 110 ₰
Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 ₰, beste Sorte leicht und sehr blattig 110 ₰

Wickelformen neu und gebraucht in allen Fassons von 50—150 ₰. **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück **7.50 M. Gummi-Traganth**, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 ₰. **Zigarrenband** pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 ₰
Bastbündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 ₰. [9
Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Carl Roland, Berlin SO. 26

Kottbuserstraße 4. [5
Sumatra-Tabake M. 1,60, 2,50, 3,20, 3,50, 3,80, 4,00, 5,50. Vorstenland-Decken M. 2,70, 3,10, 3,60. Java-Einlage M. 1,20, 1,30, 1,40. Java-Umblatt M. 1,75, 1,85. Brasil M. 1,30, 1,50, 1,85. Alle anderen Tabake billigst; reellste Bedienung.

Jacob Hirsch jr.

Mannheim B 1, 9. [10
Alle Sorten **in- u. ausländischer Tabake** zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
Verzolltes Lager aller Sorten Tabake u. Kontor Bünde-Bahnhof
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.
Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.
Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.
Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, **auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zollkredit.**
Spezialität in Sumatra- u. Vorstenlanden-Decktabaken.
Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.
Grosses Lager in Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.
Verlangen Sie Preisliste und Muster.
Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.
Unterhaltene Proben ausverkaufter Tabake Durchschnittspreis
für I. Sortierung per Pfund **3.00 Mk.** verz.
II. Sortierung per Pfund **2.50 Mk.** verz.
Deckblatt-Tabake: III. Sortierung per Pfund **2.00 Mk.** verz.
von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund **1.50** Mk. verzollt, II. Sortierung per Pfund **1.30 Mk.** verzollt
Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt **1.10 Mk.** verzollt. [17.
Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versand führt zu geregelter Verbindung.

Offeriere div. hundert Zentner

gemischte fertige Zigarreneinlage

pro Pfund **95** ₰, bei Abnahme von 100 Pfund **90.—** M. Franko Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 ₰-Zigarren. Ill. Preisliste gratis und franko. Versand nur unter Nachnahme. [13

Bernhard R. Müller, Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Aeltestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegr. 1886.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstrasse 14
Java-Umblatt No. 7124
sehr lieferungsfähig, leicht und brandsicher, nur **M. 1.50** pro Pfund verzollt.
Sumatra No. 6869
2. Länge Vollblatt, alter Tabak, nur **M. 2.25** pr. Pfund verzollt.
Beordern Sie Muster!

Hermeking & Boy

Berlin N, Brunnenstrasse 183

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl, mittel- und hellfarb. **Vollblatt**, 2. und 3. Längen à 250 bis 500 ₰, hell ff. 600 ₰.
Vorstenlanden-Decke, dunkel, bester **Mexiko-Ersatz**, à 260 ₰, helle Kehrdecke à 300—400 ₰.
Java-Einlagen à 110—125 ₰.
Java-Anarbeiter à 130—145 ₰.
Java-Umblatt à 150—190 ₰.
Mexiko-Decke ff. 450 ₰.
Brasil à 150—190, **Decke** à 350 ₰.
Havanna à 350 ₰, **Cuba** à 200 ₰.
Domingo à 120—170 ₰.
Carmen à 120—155 ₰.
Uckermärker Ia. à 105 ₰.
Losgut Blattware, à 105 ₰ u. Deckblatt-Kamponagen à 125 ₰.
Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene. Schiffchen-Abdrücke gratis und franko.
Pressen zu 12 Formen, oben u. unten verschraubt, Holzfuß- u. Holzdruckplatte in sehr starker Ausführung, 4eckige Träger, sonst 11 M., nur ...... **10** M.
Presskasten, Bündelböcke, Rollbretter, Arbeitsmesser, Lack, Papier, Band, Ringe, Etiketten. Gummi-Tragant.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe.
Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto. Verlangen Sie Preisverzeichnis.

H. Edling

Bremen, Fernspr. 5482
— **anerkannt reelle, billige** —
Bezugsquelle sämtlicher Tabake
empfiehlt

Sumatra-Decker (schneeweißer Brand) 180, 200, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 310, 320, 340, 400, 420, 450, 500 ₰
Sumatra-Umblatt (Vollblatt) 140, 150, 160, 170 ₰, Stückblatt 130, 140, 150 ₰
Java-Decker (hell) 270, 280, 300, 350 ₰, (mittel) 200, 230, 240, 350 ₰
Java-Umblatt (leicht, flottbrennend) 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 ₰
Vorstenland-Decker 180, 200, 230, 240, 260, 270, 300, 320, 350 ₰
Brasil-Decker 170, 180, 200, 220, 230, 240 ₰
Brasil-Einlage u. Umblatt 120, 125, 130, 135, 140, 150, 160, 170 ₰
Geschnittene Einlage 110 ₰
Carmen-Umblatt 105, 110, 120, 130, allerfeinstes Umblatt 140 ₰
Domingo (sehr leicht) 100, 105, 110, 120, 130 ₰
Seedleaf 110, 120 ₰
Losgut (blattig) 95, 100 ₰, Original-Mischung 105, 110, 120 ₰
Havanna 150, 200, 250, 300, 400 ₰
Decker 650 ₰
Yara-Cuba (lauer) 180, 200, 250 ₰

Preiswerte Tabake.

Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 220 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge Vollblatt, hell bis fahl, 260 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und seidig, 300 ₰
Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitätstabak, 320 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitätstabak, 350 ₰.
Java-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfahl, 200 ₰.
Vorstenland-Decker Nr. 518, 1. Lg. Vollblatt, hellbraun, 260 ₰.
Vorstenland-Decker Nr. 512, 2. Lg. Vollblatt, hell, 330 ₰.
Brasil-Decker, tiefschwarz, sehr günstig deckend, 240, 270 ₰.
Mexiko-Decker, dunkler Qualitätstabak, 3 Pfd. deckend, 400 ₰.
Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140, 150, 160, 170 ₰.
Domingo-Umblatt, großblattig, trocken, 120, 135 ₰.
Carmen-Umblatt, zart, gutschmeckend, 120, 130, 140 ₰.
Seedleaf, feine Qualität, 145 ₰.
Java-Einlage 105, 110, 115 ₰.
Carmen-Einlage 105, 110 ₰.
Brasil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170 ₰.
Losgut, allerbeste Ware, viel Umblatt, 100 ₰. [8

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 42.

Rohtabak-Handlung
Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Filiale Berlin N.,
Brunnenstraße 25. [25

Grus 30, 60, 90, 100, **Rip.** 40, **Must.** 9 **Pfd.** zus. geg. 500 frk., b. 40 Pfd. $2\frac{1}{2}$, b. 100 Pfd. je 5 M. billiger, **hell Deli, Voll.**, statt 3 u. 4 f. $2\frac{1}{2}$ u. $3\frac{1}{2}$, **dopp. Umbl.** st. 175/190 für 145/175, **Einlg.** I, o. Rip., 125.
Kemmler, Breslau 6.

Preiswerte Offerte in Rohtabak!

Sumatra-Decker, hell, 2. u. 3. Länge, 230, 360, 400, mittel hell 190, 210, 230, 240, 250, dunkel 180, 270 ₰, alles Vollbl., **-Umblatt** 165, 180, **-Einlage u. -Umblatt** 135 ₰. **Vorstenland-Decker** hell 280, 350, dunkel, Brasil-Ersatz, 200, 210, 220, 230 ₰. **Java-Umblatt** 120, 130, 140, 150, 160, 165, **-Einlage u. -Umblatt** 120, 130 ₰, leichte Art. **Carmen und Domingo-Umblatt** 125 ₰. **Seedleaf-Umblatt** 130, 140 ₰. **Mexico-Decker** 150, 180, 300 ₰. **Brasil-Decker** 210, 220, 250, 300, 350, **-Einlage u. -Umblatt** 120, 130, 140, 150, 160 ₰. **Brasil- u. Havannablätter** 140 ₰. **Havanna-Einlage, -Umblatt u. -Decker** 230 ₰, mit tadellosem Brand. **Sumatra- u. Javablätter** 130 ₰. **Losgut** 100, 110, **orig. Losgut** 100, 110, 120 ₰, rein überseeisch.

— Versand nur gegen Nachnahme. —

H. Hüsemann • Bremen
Rohtabakhandlung
Hohetor-Ch. 105. Telephon 2880.

Um die Adresse des Sortierers **Rudolf Motz** aus **Hildburghausen** bittet
Titto Merker.
Leipzig, Pfaffendorferstr. 14, 5 Tr.

Um die Adresse des Zigarrenarbeiters **Otto Willner** aus **Breslau** bittet
Frau A. Lange,
Halle a. S., Zwingerstr. 18.

Unserer lieben Kollegin **Sophie Mack** nebst ihrem Bräutigam **Paul Schmidt**, ferner unserer lieben Kollegin **Franziska Winter** nebst ihrem Bräutigam **Immanuel Burkhard** zu ihrem am 7. d. M. stattfindenden Hochzeitsfeste die herzlichsten Glückwünsche. Möge ihnen auf ihrem ferneren Lebenswege Glück und Gesundheit beschieden sein.
Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Stuttgart.

Unserm treuen Kollegen **Emil Sommerlatte** zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum
die besten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Zahlstelle Halle a. S.

Briefkasten.

Halle 120 ₰.
Stuttgart 120 ₰.

Verantwortlicher Redakteur: G. Rieudorf. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, G. Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co., sämtlich in Bremen.